

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 8 / August 2007 · Ausgabe Bayern / Hessen

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: contact@sozialverband.de

Nachteilsausgleich ist nicht länger von Nachteil

Gesetzesänderung verhindert Fehlinterpretationen

Seite 8

Arbeit – auch in schwierigen Fällen!

Gastbeitrag von Klaus Brandner (MdB) zu „JobPerspektiven“

Seite 5



Gut tun – tut gut-Preis zur SoVD-Kampagne

Fordern Sie bis 10. August Unterlagen an!

Seite 3

Schreiben von SoVD, Volkssolidarität, VdK und IG Metall an Franz Müntefering:

Keine überhastete Reform der Unfallversicherung!

Am 8. August wird die Bundesregierung im Rahmen einer Kabinettsitzung über die Reform des Organisations- und Leistungsrechts in der gesetzlichen Unfallversicherung entscheiden. Sozialverband Deutschland, Volkssolidarität, VdK und IG Metall unterstützen eine Weiterentwicklung dieses Versicherungszweiges. Sie warnen allerdings vor einem überhasteten Systemwechsel zulasten der Versicherten. Aus diesem Grund haben die drei Sozialverbände und die Gewerkschaft Bundesarbeitsminister Franz Müntefering in einem Schreiben ihre Bedenken geschildert. Parallel hierzu haben Vertreter der drei Sozialverbände das Bundessozialministerium besucht, um im Gespräch mit Staatssekretär Heinrich Tiemann und Ministerialrat Dr. Thomas Mokentin ihre Bedenken darzulegen.

Über die gesetzliche Unfallversicherung – sie ist im Sozialgesetzbuch (SGB) VII geregelt – sind unter anderem abhängig Beschäftigte, Schüler und Studierende, aber auch ehrenamtlich Tätige gegen das Risiko von Arbeitsunfällen, Wegeunfällen und Berufskrankheiten versichert. Auch wenn es sich bei der gesetzlichen Unfallversicherung nach eigener Darstellung „um den wohl am wenigsten bekannten Zweig der deutschen Sozialversicherung“ handelt, ist sie doch für Millionen von Menschen zuständig.

Wenn am 8. August im Kabinett tatsächlich die Vorschläge beschlossen werden, die in einem den Verbänden bekannt gewordenen Arbeitspapier formuliert sind, würde dies einen grundlegenden Systemwechsel mit weitreichenden Veränderungen bedeuten. „Ein solcher Systemwechsel in einem – auch aus Sicht der Bundesregierung – be-



Foto: Kasalo / vario images

Wer schon einmal einen Arbeitsunfall hatte, weiß, wie wichtig die gesetzliche Unfallversicherung ist. Der Sozialverband Deutschland und befreundete Verbände machen sich dafür stark, dass der Leistungsumfang dieser Versicherung nicht durch eine Reform beschnitten wird.

währten, zuverlässigen und im Gegensatz zu den übrigen Zweigen der Sozialversicherung stabilen System muss wohlüberlegt sein“, schreiben SoVD-Präsident Adolf Bauer, VdK-Präsident Walter Hirrlinger, der Präsident der Volkssolidarität Gunnar Winkler und IG-Metall-Chef Jürgen Peters. Es bestehe keine Notwendigkeit für eine überhastete Reform. Verhältnisse wie bei der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Einführung des Arbeitslosengeldes II durch die Hartz-IV-Gesetzgebung sollten im Interesse der Be-

troffenen vermieden werden.

Ganz konkret fordern die Präsidenten der Sozialverbände und der IG-Metall-Chef vor allem, dass Wegeunfälle – also Unfälle, die sich auf dem direkten Weg zur Arbeit oder zurück ereignen – weiterhin im Leistungskatalog der Unfallversicherung verbleiben. Sie widersprechen damit deutlich der immer wieder vorgebrachten Forderung der Arbeitgeber (diese finanzieren die Unfallversicherung im Gegensatz zu den übrigen Sozialversicherungen alleine), Wegeunfälle aus dem Leis-

tungskatalog zu streichen.

Um eine überhastete Reform mit ungerechtfertigten Einschnitten in die Rechte der Versicherten zu verhindern, schlagen die Vertreter der Sozialverbände und der IG Metall vor, die Reform des Leistungsrechts von der des Organisationsrechts zu entkoppeln. Unterstützung erhalten sie für ihren Vorschlag von CDU-Politiker Gerald Weiß. Dieser sagte der Financial Times Deutschland: „Ich plädiere dafür, die Reform zu splitten und jetzt nur die Organisationsreform zu beschließen.“

Blickpunkt

Alle Gleichberechtigung und Emanzipation zum Trotz: In den Chefetagen deutscher Unternehmen haben mehrheitlich immer noch die Männer das Sagen. Laut Einschätzung des Bundesfrauenministeriums liegt die Zahl von Frauen auf Chefesseln unter 15 Prozent. Damit sind Posten innerhalb eines Unternehmens gemeint, in denen Budget- oder Personalverantwortung von Frauen getragen wird. Vor über sechs Jahren haben die Spitzenverbände der Wirtschaft mit der rot-grünen Bundesregierung vereinbart, die Chancengleichheit von Frauen im Beruf zu verbessern. Passiert ist seither wenig. Schuld daran sind nach wie vor Diskriminierung sowie unterschwellig vorhandene Vorurteile gegenüber Frauen. Der Anteil in Führungspositionen ist innerhalb der letzten Jahre um lediglich zwei Prozentpunkte gestiegen. Wir haben heute die am besten qualifizierten Frauen, die wir je hatten. Dieses Potential dürfen wir nicht ruhen lassen.



Wir Frauen im SoVD fordern weiterhin ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft. Frauen stärker zu fördern ist eine Frage der Gerechtigkeit und angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels für die Wirtschaft überlebensnotwendig.

Brigitte Setzer-Pathe, Sprecherin der Frauen im SoVD

Anzeige

Als Mitglied des SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Spezial-Rechtsschutzversicherung

- im Privat- und/oder Verkehrsbereich
- wahlweise mit Immobilien-Rechtsschutz

- mit telef. anwaltlicher Erstberatung

Exklusive Leistungserweiterungen

- Rechtsschutz für Betreuungsverfahren
- Beratungs-Rechtsschutz für Vorsorgeverfügungen

Haben Sie Interesse?: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation für Verbandsgruppenversicherungen



Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe.

Der Traum von der Shareholder-Gesellschaft

Der Traum von der Beteiligung des Arbeitnehmers am Gewinn seiner Firma wird bereits seit Jahrhunderten geträumt. Von vielen Träumen wurden seine Farben allmählich blass – bis ihm vor Kurzem die SPD im Verein mit den Gewerkschaften einen frischen Anstrich verpasste: SPD-Chef Kurt Beck schlug vor, einen Deutschland-Fonds zu schaffen, in den Arbeitnehmer (unter Umständen mit staatlicher Unterstützung) einen Teil ihres Gehaltes einzahlen. Der Fonds stellt diese Einlagen den Betrieben als Kapital zur Verfügung, Zinsen und Tilgungen fließen zurück an die Arbeitnehmer. Die Form des Fonds bietet den Arbeitnehmern einerseits Sicherheit vor der Pleite eines einzelnen – womöglich des eigenen – Unternehmens, andererseits ermöglicht sie es, die Fondsanteile bei einem Jobwechsel mitzunehmen.

Nach anfänglicher (verhaltener) Zustimmung stellt sich die Union inzwischen offen gegen die Idee des Fonds. Michael Fuchs vom Parlamentskreis Mittelstand der Unionsfraktion bezeichnete ihn als „bürokratisches Monster“ (seltsam, den vor Kurzem eingeführten Gesundheitsfonds hat nie ein CDU- bzw. CSU-Mitglied als „Monster“ bezeichnet). Eine – von der Union gewünschte – Motivationssteigerung könne nur durch direkte Beteiligung des Arbeitnehmers am eigenen Unternehmen erreicht werden. Die allerdings hat aus Sicht arbeitnehmerfreundlicher Kritiker einen entscheidenden Nachteil: Sie stürzt den Angestellten bzw. Arbeiter in einen Konflikt zwischen seiner neuen und seiner alten Rolle: der des Firmen(mit)inhabers und der des Arbeitnehmers. Was für ersteren gut ist, muss für letzteren noch lange nicht gut sein... mas

Lohnzuwächse knapp über der Inflationsrate

Alle reden vom Aufschwung – Beschäftigte profitieren davon kaum

In der deutschen Wirtschaft steigen die Löhne und Gehälter einer Studie zufolge so stark wie lange nicht mehr. Millionen Arbeitnehmer in Deutschland können nun erstmals seit Jahren mit realen Einkommenszuwächsen rechnen. Allerdings fällt das Plus für den durchschnittlichen Beschäftigten eher moderat aus – der viel beschworene Aufschwung geht an ihnen vorbei.

Wie das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung mitteilte, bräuchten die in den ersten sechs Monaten dieses Jahres abgeschlossenen Tarifverträge den Beschäftigten Einkommenserhöhungen von durchschnittlich 3,7 Prozent. Die Einigung der Deutschen Bahn mit den Gewerkschaften Transnet und GDBA, wonach die Beschäftigten 4,5 Prozent mehr Geld und eine Einmalzahlung von 600 Euro bekommen sollen, folge dem Trend der Tarifabschlüsse des ersten Halbjahres.

Rechnet man die Laufzeiten der Tarifabschlüsse auf das Jahr um und berücksichtigt auch die wirkenden Abschlüsse der Vorjahre, dann ergebe sich bis Ende Juni eine Tarifsteigerung von 2,3 Prozent. Das sei zwar deutlich mehr als die Steige-

rungsrate von 1,5 Prozent aus dem Vorjahr. Gemessen an der jährlichen Inflationsrate von 1,9 Prozent in den Monaten April und Mai seien aber diese 2,3 Prozent eine vergleichsweise moderate Reallohnsteigerung, sagte der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Reinhard Bispinck.

In den vergangenen Jahren sind die Tarifabschlüsse nach seinen Worten überwiegend sehr moderat ausgefallen. Im ersten Halbjahr 2007 schlossen die DGB-Gewerkschaften für 6,2 Millionen Beschäftigte neue Lohn- und Gehaltstarifverträge ab – also immerhin für jeden Dritten von einem Tarifvertrag erfassten Arbeitnehmer.

„Wenn wir auf die Zahlen für die gesamte Wirtschaft schauen, dann können wir von einer positiven Wende in der Tariflohnentwicklung sprechen“, erklärte Bispinck. „In etli-

chen Branchen haben die Beschäftigten in diesem Jahr erstmals wieder gute Chancen auf einen Reallohnzuwachs.“ Diese Einkommenssteigerungen sind somit also höher als die Inflationsrate.

Diese „Tarifwende“ ist jedoch oft hart erstritten worden, wie unter anderem die umfangreichen Warnstreiks in der Metallindustrie oder die zähen Verhandlungen im deutschen Einzelhandel belegen. Von einer „Aufschwungseuphorie“ kann man somit nur bedingt sprechen. Auch negative Beispiele lassen sich nicht ausblenden: Gerade der Tarifkonflikt bei der Deutschen Telekom um Mehrarbeit, Gehaltskürzung und Auslagerung hat gezeigt, dass auch in Zeiten des Aufschwungs bestehende Tarifstandards in manchen Bereichen oder Unternehmen unter Druck geraten können. *dpa*



Karikatur: Pflaum

Nicht nur viele Beschäftigte, auch Hartz-IV-Empfänger kennen den Aufschwung nur aus dem Fernsehen.

Arbeitsmarktreform vor Gericht

Hartz IV: Berliner Sozialgericht wird von Klageflut überschwemmt

An eine große Zahl von Verfahren ist man am Berliner Sozialgericht – es ist das größte in Deutschland – gewöhnt. Die Klageflut, die in der 1. Jahreshälfte 2007 über die Berliner Richter hereinbrach, sprengt allerdings jeden Rahmen. Fast alle gehen auf das Konto von Hartz IV. Ein Ende der Klagewelle ist nicht in Sicht.

Allein im vergangenen Juni bekamen die Berliner Richter 1405 Klagen zu Hartz IV auf den Tisch. Im Januar 2006 waren es erst 748. Das entspricht einer Steigerung um fast 100 Prozent. Notwendige Konsequenz: Das Personal des Gerichtes musste um elf Richter aufgestockt werden.

Die Mehrzahl der Hartz-IV-Verfahren ist darauf zurückzuführen, dass neu erlassene Gesetze Sachverhalte entweder gar nicht oder nur unzureichend regeln. So liegt es an den Richtern, in Tausenden von Einzelfällen zu entscheiden: Was liegt noch im Rahmen des Gesetzes – wo liegt bereits ein Missbrauch vor?

Klagen reichen sowohl die Leistungsempfänger als auch die Arbeit-

sagentur oder die verschiedenen Jobcenter ein. Die Anlässe sind vielfältig: Es geht um die Höhe der bewilligten Mietzahlung genauso wie um die Rückforderung gezahlter Bezüge. Besonders häufig werde derzeit um die Untätigkeit der Behörden gestritten, sagt Michael Kanert, Pressesprecher und selbst Richter am Berliner Sozialgericht.

Was Kanert auch sagt: Ein Rückgang der Verfahren ist derzeit nicht in Sicht. Zwar sinke die Erwerbslosigkeit mittlerweile – den zumeist langzeitarbeitslosen Empfängern von Hartz IV komme dies jedoch in der Regel kaum zugute. Im Gegenteil: Selbst diejenigen, die von dem Aufschwung profitieren, beziehen

als Arbeitnehmer nicht selten ergänzende Sozialleistungen. Deren komplizierte Berechnung führt dann häufig zu Streitigkeiten.

Eine Sache bereitet Michael Kanert besonders Bauchschmerzen: Fast jeder zweite der Kläger konnte vor dem Sozialgericht zumindest einen Teilerfolg erreichen. Das könnte noch mehr Hartz-IV-Empfänger ermuntern, den Klageweg in eigener Sache zu beschreiten – schließlich fallen etwaige Kosten für sie nicht an. Aus diesem Grund hat es sich Kanert abgewöhnt, in seiner Funktion als Pressesprecher von einer „Klageflut“ zu sprechen, „denn auf Flut folgt ja bekanntlich Ebbe, und die ist für uns nicht in Sicht“.



Berieten über die Zukunft des Blindenfußballs in Deutschland: Ludger Elling (DBS-Vizepräsident; 3. von li.), SoVD-Präsident Adolf Bauer (5. von li.), Karl Hermann Haack (Präsident des DBS; 6. von li.), Hans-Werner Lange (Vizepräsident des DBSV; 3. von re.), Andreas Bethke (Geschäftsführer DBSV; 2. von re.) und weitere Funktionäre.

Spitzengespräch zwischen DBS, DBSV und SoVD Zukunft des Blindenfußballs als Spitzen- und Breitensport in Deutschland

Spitzenvertreter vom Deutschen Behindertensportverband (DBS), Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV) und Sozialverband Deutschland (SoVD) trafen sich am 9. Juli in der SoVD-Geschäftsstelle in Hannover, um Wege und Möglichkeiten der Weiterentwicklung von Blindenfußball als Spitzen- und Breitensport in Deutschland zu erörtern. Vereinbart wurde, eine stärkere Kooperation und Abstimmung zwischen dem DBS und dem DBSV anzustreben, um Aspekte der Organisationsentwicklung des Sports sowie Belange und Anregungen der Vertreter der Betroffenen in gleicher und angemessener Weise zu berücksichtigen. Die Federführung der konzeptionellen Weiterentwicklung solle insgesamt beim DBS liegen.

Der SoVD hatte gemeinsam mit dem DBSV anlässlich der Fußballweltmeisterschaft im Mai 2006 den ersten International Blind Challenge Cup (IBCC) in Berlin erfolgreich durchführen können. Europameister Spanien konnte das Endspiel gegen den amtierenden Sieger der letzten Paralympics Brasilien für sich entscheiden. Das Turnier war gleichzeitig mit einem Workshop für Deutsche Spieler die erste Einführung der Sportart in Deutschland. Seit diesem Auftakt haben sich zahlreiche Trainingsgemeinschaften gebildet (u. a. FC St. Pauli und Eintracht Frankfurt), und eine deutsche Nationalauswahl hat an einem Turnier in Thessaloniki teilgenommen. Die nächste große Herausforderung für die deutschen Neufußballer wird die Teilnahme an den Europameisterschaften sein, die im September 2007 in Athen ausgetragen werden. *bh*

Einsparungen in Millionenhöhe

AOK-Bilanz: Arzneirabatte sind ein Erfolgsmodell

Mit Beginn dieses Jahres traten sogenannte „Rabattverträge“ in Kraft, welche die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) mit den Herstellern von Medikamenten geschlossen hatte (wir berichteten in der letzten Ausgabe). In den nächsten Jahren soll das Spar-Modell ausgeweitet werden.

Das Konzept ist denkbar einfach und in anderen Geschäftsbereichen längst gang und gäbe: Ein Unternehmen, in diesem Fall die AOK, schließt mit anderen Firmen einen Vertrag ab, in dem die Abnahme eines Produktes zu vergünstigten Konditionen geregelt wird. Das Produkt sind im Fall der Krankenkasse Medikamente, und mit knapp 25 Millionen Versicherten hat die AOK einen beachtlichen Bedarf. Je günstiger also das individuelle Präparat ist, desto höher die Einsparung für alle Beteiligten. Denn nicht nur die Kasse mindert ihre Ausgaben: Durch die Preissenkung sind viele der Mittel für den Patienten zuzahlungsfrei.

Mitte Juli hat nun die AOK eine erste Bilanz dieses Modells gezogen und zeigte sich zufrieden. Allein in den Monaten von April bis Juni seien die Ausgaben um 30 Millionen Euro gesunken – der Wegfall von Zuzahlungen für die Versicherten betrug in diesem Quartal 4 Millionen Euro.

Anfängliche Lieferschwierigkeiten konnten beseitigt werden und die Ausschreibung neuer Rabattverträge für 2008 und 2009 ist bereits beschlossen. Durch die Aufnahme weiterer Wirkstoffe rechnet die AOK für diese beiden Jahre sogar damit, ihre Versicherten um bis zu eine Milliarde Euro entlasten zu können.

Zufrieden mit dieser Entwicklung können sich aber auch die jeweiligen Firmen zeigen. Der Marktanteil der AOK-Vertragspartner hatte sich bereits im Januar mehr als vervierfacht. In der Regel handelt es sich dabei um die Produzenten sogenannter „Generika“. Das sind Medikamente, die den gleichen Wirkstoff enthalten wie das Originalpräparat aber eben weniger kosten. Diese Verschiebung fand auch auf politischer Ebene Beachtung. Franz Knieps, Abteilungsleiter im Bundesgesundheitsministerium, zollte der AOK seinen Respekt „für den Mut, sich mit den Marktführern anzulegen“.

SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut

Machen Sie mit
beim Gut tun – tut gut-Preis!
Einsendeschluss ist der 10. August

Für Mitmenschlichkeit und Solidarität

Liebe Mitglieder,
in der vergangenen Ausgabe unserer SoVD-Zeitung haben wir Sie dazu aufgerufen, sich für den Gut tun – tut gut-Preis zu bewerben. Mit der Verleihung des Preises will der SoVD den besonderen Einsatz der Ehrenamtlichen, die andere Menschen im Sinne der SoVD-Kampagne unterstützen, würdigen. Die Preise werden im festlichen Rahmen der Bundesverbandstagung am 24. Oktober 2007 in Berlin von der Schirmherrin der Kampagne, Prof. Dr. Gesine Schwan, und dem SoVD-Präsidenten Adolf Bauer überreicht. Der Einsendeschluss

für das Preisausschreiben ist der 10. August. Zur Erinnerung: Der Preis wird in den drei Kategorien Gruppenpreis, Einzelpreis und Glückspreis verliehen. In der ersten Kategorie können sich Gruppen ab drei Personen bis hin zu Orts- oder Kreisverbänden mit ihrer gemeinsamen Gut tun-Aktivität bewerben. In der zweiten Kategorie werden einzelne SoVD-Mitglieder für ihre persönliche Gut tun-Aktivität geehrt. Sie können sich selbst bewerben oder von anderen vorgeschlagen werden. Der Preis in der dritten Kategorie wird durch Ziehung ermittelt. In den Lostopf kommen diejenigen Bewerbungen, die von der Jury in die engere Wahl möglicher Preisträger aufgenommen wurden. Die Bewerbung ist ganz unkompliziert: Einfach den zweiseitigen Bewerbungsvordruck ausfüllen und an die Bundesgeschäftsstelle senden. Die Bewerbungsunterlagen können angefordert werden: per E-Mail unter kampagne@sovd.de, über die Landesverbände, telefonisch unter 030 / 72 62 22-199, montags bis donnerstags, von 11 bis 12 Uhr. Oder Sie füllen den unten stehenden Kasten aus und senden ihn an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Kampagnenteam, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.
Herzlichst Ihr Kampagnenteam

Sie helfen anderen mit Rat und Tat. Sie engagieren sich oft schon seit Jahrzehnten für unseren SoVD. Sie kämpfen gegen Vereinsamung und für Mitmenschlichkeit und Solidarität. Sie tun dies alles meist leise im Hintergrund und ohne viel Aufhebens um die eigene Person zu machen. Es war an der Zeit, ihnen einmal Dank zu sagen, und wie könnte man dies besser als mit einem großen Fest. Auf Einladung des schleswig-holsteinischen Landesverbandes kamen rund 3800 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Neumünsteraner Holstenhalle und verbrachten gemeinsam einen unvergesslichen Nachmittag.
Unvergesslich wird dieser Tag vor



Mary Roos, seit Jahrzehnten aus dem deutschen Schlagergeschäft nicht mehr wegzudenken, verzauberte ihr Publikum.



In der Illustrierten „Auf einen Blick“ erscheint am 16. August ein weiterer Bericht über unsere Kampagne.



dem deshalb bleiben, weil den Besucherinnen und Besuchern eine in dieser Form wohl einzigartige Verbindung aus sozialpolitischer Information und schwungvoller Unterhaltung geboten wurde – interessanten und mitreißenden Vorträgen von Sven Picker, SoVD-Landesvorsitzender, Prof. Günther Jansen, ehe-

maliger Sozialminister Schleswig-Holsteins, Prof. Christoph Butterwegge, Dozent an der Uni Köln sowie dem stellvertretenden SoVD-Landesvorsitzenden Hans-Joachim Tümmler folgte der umjubelte Auftritt der Schlagerlegenden Mary Roos und Roland Kaiser.

Gut tun – tut gut. Das Motto der großen SoVD-Kampagne war während der gesamten Veranstaltung zu jeder Zeit spürbar. Es war ein Fest für das ehrenamtliche Engagement und eine Würdigung für diejenigen, ohne deren tagtägliches Tun unsere Gesellschaft um so vieles ärmer wäre.

Im Gespräch mit dem aus Funk und Fernsehen bekannten Moderator Christian Schröder erklärt der schleswig-holsteinische Kampagnenbotschafter Lothar Dufke (li.) die Bedeutung von Gut tun – tut gut.

Der Ortsverband des Monats August ist Putbus

Anforderung der Bewerbungsunterlagen zur Preisverleihung

Schicken Sie bitte die Bewerbungsunterlagen zur Verleihung des Gut tun – tut gut-Preises an folgende Adresse:

Name:
Mitgliedsnummer:
Straße:
PLZ / Ort:

Zwischenmenschliche Hilfe ist für mich selbstverständlich

Karin Kerth kennt den Verband seit vielen Jahren. Vor 44 Jahren hat sie in Homburg-Einöd den Ortsverband mit gegründet und ist seitdem in verschiedenen Funktionen für den Verband tätig. Sie ist seit 1990 Bezirks- und Ortsvorsitzende und seit 1994 auch 2. Landesvorsitzende. Gemeinschaft und Solidarität, Beistand und Hilfe, Miteinander



Karin Kerth, Botschafterin des Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland

und Füreinander – für Karin Kerth sind das Selbstverständlichkeiten. Sie erfüllt eine Vielzahl ehrenamtlicher Funktionen, denn sie ist nicht nur im SoVD, sondern auch im Seniorenbeirat der Stadt Homburg, im Landesseniorenbeirat und im Landesbehindertenrat tätig, ist ehrenamtliche Sozialrichterin u. v. m. Sie kennt die Sorgen der Menschen und weiß, wo Hilfe gebraucht wird. Dreimal die Woche berät sie die Mitglieder in der Sozialberatung. Jeder Hilfesuchende, jeder, der mit seinen Renten-, Kranken- oder Pflegeversicherungsbescheiden nicht zurechtkommt und jeder, der einfach jemanden zum Zuhören

braucht, findet ein offenes Ohr und Hilfe bei ihr. „Gut tun – tut gut ist etwas, was sich seit vielen Jahren selbst vorlebe. Es ist für mich selbstverständlich und eigentlich kaum erwähnenswert, dass ich andere Menschen unterstütze“, so Karin Kerth. Sie weiß, dass die Kampagne vom guten Vorbild lebt, und so sind ihre eigenen Aktivitäten, die anderen Menschen bereits seit vielen Jahren gut tun beispielhaft für Gut tun – tut gut. So hat sie u. a. einen „Witwen-Kreis“ gegründet. Die Frauen rufen sich regelmäßig an, achten darauf, dass es allen gut geht. Es gibt zweimal monatlich Kaffeenachmittage, bei denen sich darüber ausgetauscht wird, wer Unterstützung braucht. Bei einem Frühlingfest sammelte sie Geld für ein Kind mit Glasknochenkrankheit. Es gibt immer was zu tun. Kürzer treten kann sie nicht, auch wenn es manchmal sehr viel ist. Fragen zur Kampagne Rheinland-Pfalz/Saarland beantwortet sie gern. Sie ist zu erreichen in der Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern, Pfründner Straße 11, Tel.: 0631/7 36 57.

Der Ortsverband Putbus des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern wurde 1992 gegründet und hat 55 Mitglieder. „Das Zusammensein in einer Gemeinschaft liegt uns im Ortsverband Putbus sehr am Herzen“, so der 1. Vorsitzende, Hermann Matthias. Zu den Aktivitäten des Ortsverbandes Putbus zählen monatlich stattfindende Mitgliedertreffen und Vorträge zu sozialrechtlichen und gesundheitlichen Themen. Damit auch die Unterhaltung nicht zu kurz kommt, finden jedes Jahr das Advents-, Weihnachts- und Frühlingfest sowie Kegel- und Grillnachmittage statt. Besonders stolz sind die Putbusser auf die Treffen mit dem Bürgermeister ihrer Stadt. Ausflüge, zum Beispiel nach Schwerin, in den Wörlitzer Park, in die Lutherstadt Wittenberg, runden das Programm ab. Höhere Geburtstage der Mitglieder werden gemeinsam mit dem Vorstand und einigen Mitgliedern gefeiert, aber auch den Verstorbenen erweist der Vorstand die letzte Ehre am Grab. Kranke Mitglieder werden zu Hause oder im Krankenhaus besucht. Um die Verbundenheit mit den Mitgliedern zu erhalten, tragen die Vorstandsmit-

glieder die SoVD-Zeitung noch persönlich aus, Hermann Matthias: „Es ist uns immer wieder ein wichtiges Anliegen, wenn wir den doch manchmal hilfsbedürftigen, einsamen Menschen eine kleine Freude bereiten können.“ Ein Beispiel, wie der Ortsverband die Kampagne Gut



Ein vom Ortsverband Putbus betreutes Ehepaar: Gisela und Fritz Parthen (Ehrenvorsitzender des Ortsverbandes Putbus)

tun – tut gut wirklich „lebt“, ist der Kontakt zu einem 84-jährigen Putbusser Mitglied. Der alte von Wind und Wetter gezeichnete Schäfer wird vom Vorstand betreut. Täglich erfolgen aufgrund seines nicht immer so guten Gesundheitszustandes Telefongespräche, um immer auf dem aktuellen Stand seines Befindens zu sein und um Tagesereignisse auszutauschen. Es erfolgt immer eine gegenseitige An- und Abmeldung, wenn man das Haus verlässt. Natürlich finden auch Besuche statt. „Wir

erledigen diese Betreuung mit Spaß und Freude, es hat sich ein sehr vertrauensvolles Verhältnis aufgebaut, und es ist schön zu erleben, wie man doch noch auch einem alten Schäfer Freude bereiten kann“, so Hermann Matthias.



Kampagnen-Botschafter zu Gast in Berlin

Am 6. Juli trafen sich die Botschafter der Kampagne in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin, um Erfahrungen und Informationen auszutauschen (siehe Foto li.). Der Bundesverband berichtete über die geplanten zentralen Maßnahmen für das verbleibende Halbjahr 2007: den Gut tun – tut gut-Preis und die Gutscheinkampagne.

Großveranstaltung des SoVD Schleswig-Holstein

Die soziale Gerechtigkeit in unserem Land in den Mittelpunkt stellen

Auf einer Großveranstaltung des schleswig-holsteinischen SoVD in den Neumünsteraner Holstenhallen forderten die Festredner die politisch Verantwortlichen auf, die soziale Gerechtigkeit wieder in den Mittelpunkt ihres Handelns zu stellen.

Der SoVD-Landesvorsitzende Sven Picker erinnerte daran, dass soziale Gerechtigkeit bereits bei der Gründung des Reichsbundes vor 90 Jahren die zentrale Rolle gespielt hat: Als die Kriegsbeschädigten aus dem Ersten Weltkrieg zurückkehrten, „war das Bein eines adligen Offiziers mehr wert als das eines Arbeiters.“ Und wo liegen heute die Hauptängste, die Hauptprobleme der Menschen? „Arbeitslosigkeit, immer mehr Niedrigeinkommen, von denen man nicht leben kann und die Kürzungsorgien in der Rentenversicherung. Diese Defizite unserer Sozialpolitik werden in Zukunft zu mehr Altersarmut führen“, sagte Picker. Vehement forderte er, alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen und die Rentenkürzungen zu beenden.

Auch die wachsende Kinderarmut prangerte der SoVD-Landesvorsitzende an: „Solange in unserem Staat jährlich Milliarden von Euro durch Steuerhinterziehung, Steuerver-

schwendung und Subventionsbetrug versickern, gibt es nicht einen einzigen Grund, dass auch nur ein Kind in Armut aufwächst.“

Ebenso kämpferisch setzte sich anschließend der ehemalige schleswig-holsteinische Sozialminister Prof. Dr. Günther Jansen mit der Gesundheitspolitik auseinander. Der Patient sei unversehens in einen Verteilungskampf um gesundheitliche Versorgung geraten: „Jeder hat aber das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Allein die medizinische Notwendigkeit, nicht aber sozialer Status und nicht Zahlungsfähigkeit dürfen über Leben und Gesundheit entscheiden.“

Der Kölner Universitätsprofessor Dr. Christoph Butterwegge konstatierte, dass die so oft als Totschlagargument verwendeten Schlagworte „Globalisierung“ und „demografischer Wandel“ keine nachvollziehbare Begründung für den seit langem zu beobachtenden Sozialabbau bieten. Vielmehr sei jedes ökonomisch



Der 1. Vorsitzende des Landesverbandes Schleswig-Holstein, Sven Picker, auf der Großveranstaltung in Neumünster.

erfolgreiche Land auch stets ein soziales Land gewesen. Wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergehe, würden wir unseren Wohlstand riskieren: „Wir sind in Gefahr von einem schlanken zu einem magersüchtigen Staat zu werden.“

Das Schlusswort hielt der stellvertretende SoVD-Landesvorsitzende Hans-Joachim Tümmler. Er erinnerte die Politik daran, dass „alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht“. Die Politiker hätten sich aber schon so weit vom Volk entfernt, dass sie die Bedürfnisse der Menschen gar nicht mehr kennen würden: „Wenn Leute über die Rente entscheiden, die selbst nie eine Rente beziehen werden, sondern riesige Pensionen, muss man sich nicht wundern, wenn immer häufiger gegen das Volk entschieden wird.“ (Siehe auch Beitrag auf Seite 3 „Für Mitmenschlichkeit und Solidarität“)



Die Holstenhalle in Neumünster war mit rund 3800 Besucherinnen und Besuchern bis auf den letzten Platz gefüllt.

Sozialrechtsschutz des Landesverbandes Baden-Württemberg wieder erfolgreich

Erwerbsminderungsrente anerkannt

Nach ablehnendem Bescheid auf volle Erwerbsminderungsrente bat das SoVD-Mitglied Frau G. die Sozialberatungsstelle des Landesverbandes Baden-Württemberg in Albstadt um Hilfe. Sozialrechtliches Engagement und Beharrungsvermögen führten zum Erfolg. Frau G. wird nun eine monatliche Rente von 440 Euro gewährt. Darüber hinaus erhielt sie eine einmalige Nachzahlung in Höhe von 25 000 Euro.

Am 5. April 2006 stellte sich unser Mitglied Frau G. mit einem Bescheid der Landesversicherungsanstalt (LVA) Baden-Württemberg (heute: Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg) vom 4. Juni 2002 in der Sozialrechtsberatungsstelle Albstadt des Landesverbandes Baden-Württemberg vor. In diesem Bescheid lehnte die LVA einen Antrag von Frau G. vom 11. April 2002 auf Gewährung einer Rente wegen voller Erwerbsminderung ab. Daher bat Frau G. den SoVD um Hilfe.

Seltsamerweise führte die LVA in diesem Bescheid selbst aus, dass Frau G. nur noch eine Leistungsfähigkeit

von täglich drei bis vier Stunden aufweise, der Arbeitsmarkt jedoch nicht verschlossen sei.

Wir haben geholfen!

Eine weitere Argumentation dafür, dass der Arbeitsmarkt nicht verschlossen ist, wurde nicht angeführt.

In der Regel verhält es sich so: Bei reduziertem Leistungsvermögen, das heißt bei einer Leistungsfähigkeit von drei bis sechs Stunden täglich, wird davon ausgegangen, dass der Arbeitsmarkt verschlossen ist. Da nicht genügend Arbeitsplätze für Teilzeitstellen vorhanden sind, ist eine Rente zu gewähren. Dies hat die LVA im

vorliegenden Fall nicht entschieden.

Nach persönlicher Vorstellung von Frau G. am 5. April 2006 wurde bei der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg mit Datum vom 12. April 2006 ein Überprüfungsantrag gestellt. Letztendlich sah sich die Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg aufgrund von Argumentationen der Sozialrechtsberatungsstelle Albstadt gezwungen, Frau G. rückwirkend zur Antragstellung eine Rente wegen voller Erwerbsminderung zu gewähren. Im Bescheid vom 19. März 2007 werden Frau G. eine monatliche Rente in Höhe von 440 Euro gewährt. Darüber hinaus bekam Frau G. eine einmalige Nachzahlung in Höhe von 25 000 Euro. Kompetenz und Beharrlichkeit haben somit zum Erfolg für unser Mitglied geführt, das sich stets von seinem Verband gut vertreten wusste.

BEILAGENHINWEIS
Einem Teil dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Firma LGS GmbH & Co. KG bei.

Mitglieder werben Mitglieder – ein mitgliederstarker Sozialverband erreicht mehr! Beitrittserklärung

(Bitte in Blockschrift ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen und per Post senden an: Sozialverband Deutschland e. V., Bundesverband, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin)

Name	Vorname
Straße	PLZ
Telefon	Ort
Geburtsdatum	E-Mail
SoVD Ortsverband	Eintritt in den SoVD am

Senden Sie mir die Mitgliederzeitung zu, durch:

Ortsverband Postversand

Monatsbeitrag:

Einzelbeitrag 5,00 Euro Partnerbeitrag 7,15 Euro
 Familienbeitrag 9,00 Euro

Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar.

Einzugsermächtigung:

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Sozialverband Deutschland die laufenden Beiträge an dem jeweiligen Fälligkeitstermin zu Lasten meines Kontos bis auf Widerruf abbucht.

Abruf:

1/4-jährlich 1/2-jährlich
 jährlich

ab

KontoinhaberIn

Konto

BLZ

Geldinstitut

Der Sozialverband Deutschland hat für seine Mitglieder einen Gruppenversicherungsvertrag abgeschlossen. Um die Vergünstigung des Gruppenversicherungsvertrages zu erhalten, bin ich damit einverstanden, dass hierfür mein Name, mein Geburtsjahr und die Anschrift an den Versicherer weitergegeben werden.

nein ja

Ich bin einverstanden, dass mein Name, Geburts- und Eintrittsdatum in Publikationen des SoVD aus Anlass meines Geburtstages und der Dauer meiner Mitgliedschaft veröffentlicht werden.

nein ja

Ort, Datum

Unterschrift

Die Kündigung der Mitgliedschaft ist nur mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalenderjahres möglich.

Geworben durch:

Bitte ausfüllen bei Partner- oder Familienbeitrag:

Name

1 Name und Geburtsdatum

Straße

2 Name und Geburtsdatum

PLZ, Ort

3 Name und Geburtsdatum

SoVD Ortsverband

4 Name und Geburtsdatum

Unterschrift (Bei einer Partnermitgliedschaft Unterschrift des Partners)

Jeder kennt einen, der zu uns gehört!

Programm „JobPerspektiven“

Arbeit – auch in schwierigen Fällen!

Mit den Stimmen der Großen Koalition hat der Bundestag Anfang Juli das Programm „JobPerspektiven“ verabschiedet. Wenn der Bundesrat am 21. September zustimmt, kann es am 1. Oktober in Kraft treten. Ziel des Programmes ist es, schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose mit Kombilöhnen in reguläre Jobs zu bringen. Warum das Projekt so wichtig ist, erklärt Klaus Brandner, Mitglied des Bundestages (SPD).

Die Konjunktur zieht an. Die Arbeitslosigkeit geht stetig zurück. Im Juni hatten wir insgesamt 712 000 Arbeitslose weniger als im Vorjahr. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist um über 345 000 zurückgegangen.

Diese positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt löst jedoch nicht alle Probleme, sie kommt nicht bei allen Arbeitslosen an. Für viele Langzeitarbeitslose besteht aktuell und mittelfristig keine Chance auf Integration in den regulären Arbeitsmarkt. Die Praxis hat gezeigt, dass wir mit den üblichen Arbeitsmarktinstrumenten nicht weiterkommen.

Wir können und werden das nicht hinnehmen. Wir haben uns immer dafür eingesetzt, dass diese Menschen eine Perspektive bekommen. Mit der „JobPerspektive“, welche auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion mit der Union vereinbart wurde, geben wir den Menschen neue Chancen.

Das Programm „JobPerspektive“

richtet sich an Personen, die nach realistischer Erwartung innerhalb der nächsten 24 Monate keine Chance auf dem regulären Arbeitsmarkt haben, schon 12 Monate arbeitslos sind und zwei weitere Vermittlungshemmnisse wie beispielsweise gesundheitliche Einschränkungen oder Drogenabhängigkeit aufweisen. Die „JobPerspektive“ muss alternativlos sein – sie ist ultima ratio.

Klar ist: Wir haben uns mit der „JobPerspektive“ deutlich gegen den Ausbau des Niedriglohnssektors entschieden. Dieser hätte nur in die Sackgasse geführt.

Wir werden sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmöglichkeiten mit Beiträgen zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung für Langzeitarbeitslose fördern, die tariflich oder ortsüblich entlohnt werden. Billigjobs mit Dumpinglöhnen werden wir im Rahmen der „JobPerspektive“ nicht fördern. Die Förderung ist grundsätzlich auf Dauer an-

gelegt. Die Erfahrung aus der Praxis zeigt, dass eine von vornherein auf wenige Monate befristete und nicht verlängerbare Förderung hingegen nur „Frustketten“ produziert.

Tätigkeiten im gewerblichen Bereich werden genauso gefördert wie Tätigkeiten in Integrationsunternehmen, sozialen Betrieben oder aber im Sozialbereich. Infrage kommen beispielsweise Arbeiten als Hausmeister, Wäsche-Hol- und Bringedienste, der Betrieb von Schulkantinen oder Zusatzangebote in der Alten- und Jugendarbeit, um nur einige wenige Arbeitsfelder zu nennen. Der Beschäftigungszuschuss bietet damit 100 000 Chancen auf Teilhabe am Arbeitsleben und in der Gesellschaft. Denn: Ein Arbeitsplatz und die damit verbundene wirtschaftliche Selbstständigkeit ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Arbeit ist zentral für die eigene Selbstachtung und das eigene Selbstwertgefühl. Arbeit ist Quelle gesellschaftlicher Anerkennung. Umgekehrt fördert Arbeitslosigkeit soziale Ausgrenzung und macht die Menschen krank.

Die Entscheidung über die Förderung trifft der Fallmanager vor Ort. Der Beschäftigungszuschuss an den Arbeitgeber kann bis zu 75 Prozent des zu berücksichtigenden Arbeitentgeltes betragen. Hinzu kommt der Finanzierungsbeitrag der Kommunen, die die Kosten der Unterkunft einsparen werden. Sie sind hier in der Verantwortung.

Die Menschen, um die es dabei geht, müssen die Perspektive auf Integration in eine ungeforderte Beschäftigung behalten. Begleitende Hilfen wie Weiterbildungsmaßnahmen oder psychosoziale Dienstleistungen, das heißt zum Beispiel Schuldnerberatung, sind daher unerlässlich. Sie sind Teil des Förderpaketes.

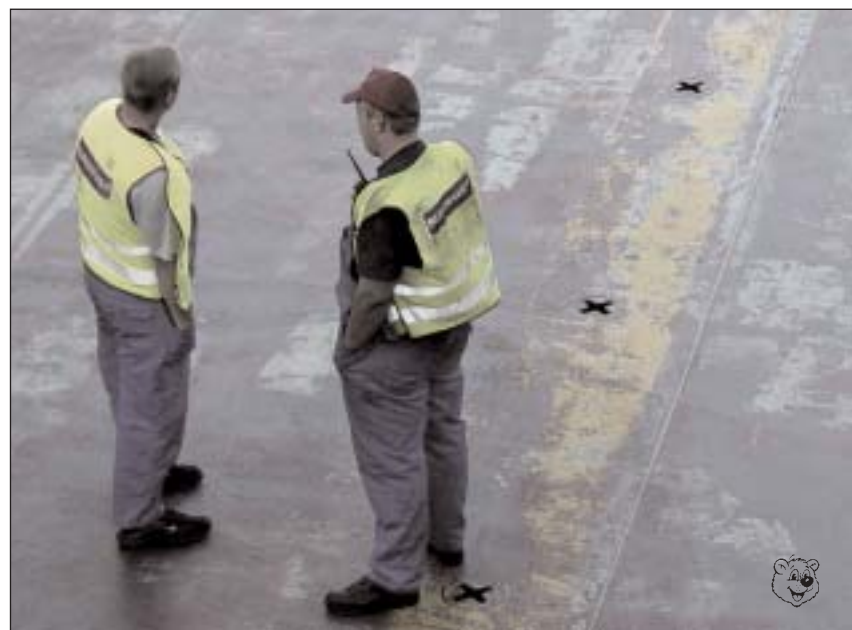


Foto: doc_lopez / photocase

Eine Frage der (Job-)Perspektive: Wer lange Zeit ohne Beschäftigung war, wird auch aus einer bezuschussten Stelle neuen Mut schöpfen.

Klaus Brandner wurde am 13. Januar 1949 in Kalletal-Bentorf (Kreis Lippe; Nordrhein-Westfalen) geboren. Er ist evangelisch, verheiratet und hat zwei Söhne.

Brandner hatte eine Ausbildung zum Elektromechaniker absolviert und einige Jahre als technischer Angestellter gearbeitet, bis er 1973 als Gewerkschaftssekretär zur IG Metall wechselte. 1983 wurde er Geschäftsführer und 2. Bevollmächtigter und 1988 schließlich Geschäftsführer und 1. Bevollmächtigter der IG Metall Gütersloh.

1969 trat Klaus Brandner in die SPD ein, seit 1998 ist er Mitglied



des Deutschen Bundestages. Seit November 2005 ist Klaus Brandner arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Ethikrat regt Einzelfallprüfung an

Bundestag berät über neues Stammzellgesetz

Höchst umstritten ist bei deutschen Politikern der Import embryonaler Stammzellen. Der Ethikrat hat die Empfehlung ausgesprochen, die Forschung mit den Zellen in Einzelfällen zuzulassen, Grüne und SPD plädieren aber weiter für die bisherige Stichtagsregelung.

Fünf Jahre nach Verabschiedung des Stammzellgesetzes wird über eine Lockerung diskutiert. Der SPD-Forschungspolitiker René Röspel sagte, er werde bei Abgeordneten der anderen Fraktionen für eine Initiative werben, die einen neuen Stichtag für die Nutzung embryonaler Stammzellen anstrebt. Auch der CDU-Abgeordnete Michael Kretschmer bezeichnete eine solche Änderung als notwendig. Die Politiker reagierten auf eine Stellungnahme des Nationalen Ethikrates, der sich mehrheitlich dafür ausgesprochen hat, die Stichtagsregelung durch eine Einzelfallprüfung zu ersetzen. Der Import von embryonalen Stammzellen, die nach dem 1. Januar 2002 erzeugt wurden, ist bisher verboten. Kretschmer sprach sich dafür aus, den damals beschlossenen Stichtag, vor dem die Stammzellen entnommen sein müssen, generell abzuschaffen. Röspel strebt dagegen an, als neues Datum den 1. Mai 2007

zu setzen. Beide vertreten übereinstimmend die Meinung, dass sich das Versprechen der Politik an die Forschung, in Deutschland konkurrenzfähig arbeiten zu können, ansonsten nicht einlösen lasse. Zudem sprachen sie sich dafür aus, deutsche Forscher nicht mehr mit Strafe zu bedrohen, wenn sie sich im Ausland an Forschung beteiligen, die nach deutschem Recht illegal ist.

Gegen jegliche Gesetzesänderung ist der behindertenpolitische Sprecher der Unions-Fraktion, Hubert Hüppe (CDU): „Die Verschiebung des Stichtags ist nicht tragbar.“ Der SoVD teilt diese Meinung, denn die Verschiebung würde die Tötung von Embryonen veranlassen. Und die Produzenten der Stammzellen und die Forscher würden sich darauf verlassen, dass der Stichtag immer wieder geändert wird.

Anzeige

Lifta, der Treppenlift

Jetzt auch zur Miete

- Lifta passt praktisch überall
- Wird einfach auf der Treppe aufgestellt
- Kurze Lieferzeiten, Einbau sofort
- Über 60.000 verkaufte Liftas
- Sehr hohe Kundenzufriedenheit
- Eigener Kundendienst bundesweit
- 365 Tage für Sie erreichbar

Rufen Sie uns kostenlos an.
☎ 0800-22 44 66 1
 Internet: www.lifta.de

Freiwillig geprüfte Beratungs- und Servicequalität Der Treppenlift

GUTSCHEIN

Ja, schicken Sie mir meinen Prospekt – kostenlos und unverbindlich.

Name / Vorname _____
 Straße / Nr. _____
 PLZ / Ort _____ Tel.-Nr. _____

Lifta GmbH, Abt. SOVD 20, Horbeller Straße 33, 50858 Köln

Von Inge Jefimov,
Mitglied im
Ausschuss für Frauenpolitik
des SoVD-Bundesverbandes

Pflege – ein Frauenthema?!

Die Beschäftigung mit der Pflege ist für Frauen mit und ohne Behinderung beziehungsweise chronischer Erkrankung eine sehr persönliche, einschneidende und wichtige Erfahrung. Frauen sind von dem Thema „Pflege“ nämlich im doppelten Sinne betroffen: 1. als Pflegebedürftige, 2. als Pflegenden.

1. Benötigen Frauen selbst Pflege oder Assistenz (gegebenenfalls auch bei der Körperhygiene), ist Pflege eine sehr intime Angelegenheit, die das Vertrauen in die Pflegeperson voraussetzt. Gerade Frauen ist es häufig nicht egal, ob sie von einer Frau oder einem Mann gepflegt werden. Es gibt jedoch kein verankertes Recht auf Wahl der Pflege-/Assistenzperson. Zudem sind viele Frauen mit Gewalt in der Pflege konfrontiert – ein Thema, das in der Öffentlichkeit noch immer weitgehend tabuisiert wird.

Die gesetzliche Verankerung des Rechtes auf eine Pflegekraft des eigenen Geschlechts ist daher unerlässlich. Menschenwürdige Pflege beinhaltet auch, das Schamgefühl von Menschen mit Pflegebedarf zu wahren. Für viele Frauen mit Pflegebedarf verstößt es gegen ihr Schamgefühl, von einem Mann gepflegt zu werden. Und nicht wenige mussten im Laufe ihres Lebens Erfahrungen mit Gewalt machen, so dass die Pflege ein altes Trauma erneuern kann. Auch Übergriffe oder

sexuelle Belästigung bei der Pflege sind nicht selten.

Viele Schutzräume, wie zum Beispiel Frauenhäuser, sind nicht barrierefrei. Das Gleiche gilt auch für Beratungsstellen. Auch sind viele Beratungsstellen nicht auf die spezifischen Bedürfnisse behinderter Frauen und Mädchen eingestellt.

Gerade aber für diesen Personenkreis ist es von großer Wichtigkeit, über ihre Erfahrungen sprechen zu können bzw. sich Hilfe zu holen. Wir müssen diesen Frauen immer wieder Mut zusprechen und sie dabei unterstützen, dass sie sich trauen zu berichten, was ihnen widerfahren ist, um weiteren Übergriffen entgegenzuwirken. Auch müssen wir den Frauen deutlich machen, wie wichtig es für sie selbst,

aber auch für den jeweiligen Träger der Einrichtung oder des Pflegedienstes, ist, dass sie ihre negativen Erfahrungen in der Pflege zur Anzeige bringen.

Der Sozialverband Deutschland hält die Einrichtung eines effizienten Beschwerde- und Qualitätsmanagements in stationären und ambulanten Einrichtungen für überaus wichtig. Nur so kann Pflegemissständen effizient vorgebeugt werden. Ebenso ist die Sicherstellung effektiver Kontrollen, die grundsätzlich unangemeldet erfolgen müssen, zu fordern. Die Prüfberichte sind zu veröffentlichen, um eventuellen Qualitätsmängeln auf diesem Weg entgegenzutreten.

2. Auf der anderen Seite sind ganz überwiegend Frauen diejenigen, die

Frauen im SoVD Das Thema



ihre Angehörigen pflegen oder in Pflegeberufen arbeiten. Noch immer erwartet die Gesellschaft vor allem von Frauen, dass sie ihre Angehörigen im Bedarfsfall pflegen. Auch die Pflegeversicherung baut auf die freiwillige Leistung, ist sie doch nur eine Art Teilkaskoversicherung. Häufig reduzieren Frauen für die Pflege ihrer Angehörigen ihre Erwerbsarbeit oder geben ihren Beruf ganz auf.

Einzusehen ist für mich aber nicht, dass diese Frauen für die oftmals wesentlich intensivere Pflege an ihren Angehörigen schlechter bezahlt werden, als wenn diese Pflege durch z. B. die Sozialstation geleistet wird. Aus meiner Sicht muss die unterschiedliche Bemessung von Geld- und Sachleistungen aufgehoben oder zumindest angeglichen werden!

Einbau umweltschonender Rußpartikelfilter

Behinderte Menschen können ihr Auto jetzt kostengünstig nachrüsten

Der Gesetzgeber belohnt das Umrüsten von Dieselfahrzeugen mit einem Ausgleich über die Kfz-Steuer. Menschen mit Behinderung, die von deren Zahlung eh befreit sind, konnten davon bisher nicht profitieren. Der Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte hat nun eine Vereinbarung mit den Firmen Auto-Teile-Unger (A.T.U) und Twintec AG geschlossen, die den entgangenen Steuervorteil von bis zu 330 Euro ausgleicht.

Das am 1. April in Kraft getretene Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetz hat steuerliche Anreize in Höhe von bis zu 330 Euro für den nachträglichen Einbau von Dieselpartikelfiltern geschaffen. Ziel ist es, Belastungen für die Umwelt und die Gesundheit durch Partikelemissionen aus Dieselfahrzeugen zu reduzieren. Menschen mit Behinderung und deren Fahrdienste, die ganz oder teilweise von der Kfz-Steuer befreit sind, konnten von dieser neuen, gesetzlich vorgesehenen Steuerent-

umweltfreundlicher Produkte beteiligt. Inhalt der Vereinbarung: Autofahrerinnen und Autofahrer mit Behinderung können ab sofort einen Rabatt von bis zu 330 Euro für die Nachrüstung ihres Fahrzeugs mit einem Dieselpartikelfilter erhalten. Sie bekommen damit einen vollen Ausgleich für die entgangene Steuerersparnis.

Astrid Klug, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, freut sich über die

reize für die Nachrüstung eines Partikelfilters bekommen sollten. Über die Kfz-Steuer ist dies nicht bzw. nicht vollständig möglich, weil schwerbehinderte Menschen ganz oder teilweise von der Kfz-Steuer befreit sind. Dank dieser unbürokratischen Initiative können jetzt auch Menschen mit Behinderung mit attraktiven Konditionen ihren Beitrag für eine bessere Luft leisten.“

Und so geht es: Der Kunde bzw. die Kundin wendet sich direkt an eine der rund 600 A.T.U-Werkstät-

ten und bittet um die Nachrüstung des Fahrzeugs mit einem Dieselpartikelfilter. Dort muss lediglich der aktuelle Kfz-Steuerbescheid vorgelegt werden. Bei einer 100-prozentigen Befreiung von der Kfz-Steuer gewährt dann die A.T.U-Werkstatt auf die anfallenden Umrüstungs- und Filterkosten einen Nachlass von 330 Euro. Der Rabatt wird direkt von der Rechnung abgezogen. Liegt eine 50-prozentige Befreiung von der Kfz-Steuer vor, gibt es dementsprechend

einen Nachlass von 165 Euro. Die Aktion läuft noch bis zu Ende dieses Jahres.

Doch auch wer keine A.T.U-Werkstatt in seiner Nähe hat, kann unter Umständen sparen. Es empfiehlt sich, dieses Angebot dem jeweiligen Kfz-Betrieb vorzulegen, um so gegebenenfalls einen ähnlichen Nachlass zu erwirken – ein Anspruch darauf besteht jedoch nicht.



Foto: Waldhaeusl

Auf deutschen Straßen sind viele Dieselfahrzeuge unterwegs, die nicht mit einem Rußpartikelfilter ausgestattet sind. Dabei lohnt sich das Nachrüsten – für Mensch und Umwelt.

lastung bei Nachrüstung ihres Fahrzeugs nicht oder nur in geringem Umfang profitieren.

Dies ist jetzt anders: Der Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte (BVKM) hat ein Rabattabkommen mit Auto-Teile-Unger (A.T.U) geschlossen, an dem sich auch die Twintec AG als Hersteller

Initiative: „Die Umrüstung von Diesel-Pkw auf Rußpartikelfilter ist ein wesentlicher Beitrag zur Luftreinhaltung und zur Lebensqualität in unseren Städten. Es war der ausdrückliche Wunsch von Parlamentarierinnen und Parlamentariern im Bundestag, dass auch Menschen mit Behinderung einen finanziellen An-

Die Bundesschatzmeisterin informiert

Telefonieren im Urlaub – häufig ein teurer Spaß

Wer in die Ferien fährt, möchte unter Umständen gerne ab und zu nach dem Rechten „hören“ und die Daheimgebliebenen anrufen. Umgekehrt möchten diese sich vielleicht auch einfach nach dem Wohlbefinden des Abwesenden erkundigen. In beiden Fällen – also sowohl für einkommende wie auch für abgehende Handy-Telefonate – galten bisher saftige Preise.

Seit Ende Juni gelten innerhalb der Europäischen Union (EU) Preisobergrenzen, die mittlerweile auch von fast allen Mobilfunk-Anbietern umgesetzt wurden. Wer im Urlaubsort wie gewohnt zum Handy greift, sollte sich jedoch vorher erkundigen, welche Preise gelten. Leider bewegen sich nämlich die vier deutschen Netzbetreiber T-Mobile, E-Plus, O2 und Vodafone weiterhin an der Obergrenze der zulässigen Gebühren.

Ganz konkret lohnt es sich, beim

eigenen Anbieter nachzufragen, ob dieser spezielle Tarife, sogenannte „Roaming-Tarifoptionen“, anbietet, die auf den persönlichen Bedarf in dem konkreten Urlaubsland zugeschnitten sind.

Übrigens: Auch wer im Grenzgebiet wohnt, sollte seine Telefonrechnung überprüfen. Es besteht nämlich durchaus die Gefahr, dass sich das Handy in das Mobilnetz des Nachbarlandes einbucht, obwohl sich der Anrufer in Deutschland befindet. Um dies zu vermeiden, sollte über die Menüauswahl des Telefons das deutsche Netz fest voreingestellt werden.

Umgekehrt kann dieses Kuriosum aber auch seine Vorzüge haben: Wer grenznah Urlaub macht, kann sich möglicherweise noch in ein deutsches Netz einwählen und so auch in den Ferien zu den gewohnten Konditionen mit den Lieben daheim parlieren.

Manfred Grönda ist Vorsitzender des NDR-Rundfunkrates

SoVD-Präsidiumsmitglied Manfred Grönda ist neuer Vorsitzender des NDR-Landesrundfunkrates Niedersachsen. Die Mitglieder des insgesamt 25-köpfigen Gremiums des Norddeutschen Rundfunks wählten den Vertreter des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen am 13. Juli einstimmig für die kommenden fünf Jahre an ihre Spitze.



Manfred Grönda

Grönda gehört dem Landesrundfunkrat bereits seit 2002 an.

„Ich freue mich sehr über die Wahl und das einhellige Votum“, sagte er nach der Abstimmung. Besonders wolle er sich für die Sicherung von Qualität und Finanzierung des NDR in Niedersachsen einsetzen, führte Grönda aus. Er betrachte es weiterhin als seine Aufgabe, die unterschiedlichen Vertreter der niedersächsischen Gruppierungen im Landesrundfunkrat zusammenzuführen.

Manfred Grönda ist hauptberuflich bei der Stadt Celle angestellt. Im Sozialverband Deutschland bekleidet er das Amt des Schriftführers im Landesverband Niedersachsen, außerdem ist er Bundesvorstands- und Präsidiumsmitglied.

Fernsehtipp

7. August, 22.15 Uhr, im ZDF

„Darüber spricht man nicht“

Die Dokumentation „Darüber spricht man nicht“ aus der Reihe 37° stellt Angehörige vor, die offen über das Tabuthema Gewalt in der häuslichen Pflege reden. Gezeigt wird der anspruchsvolle Pflegealltag zweier Familien und deren Möglichkeiten, mit Überforderungen und Grenzsituationen fertig zu werden.

„Selbst in vorbildhaften Familien kommt Gewalt in der häuslichen Pflege vor, aber darüber spricht man nicht“, sagt der Münchner Altenpflege-Kenner Claus Fussek, den über seine Beratungsstelle täglich zahlreiche Hilferufe von Angehörigen erreichen, die nicht mehr weiter wissen. Das Schlimmste, sagt er, seien die Schuldgefühle, die Angehörige nach eigenen Aggressionen bekommen. Denn die könnten krank machen und dann entstehe ein Teufelskreis, bei dem Aggressionen zur Normalität würden.

Zwischen 10 und 15 Prozent aller Angehörigen, die ihre Verwandten zu Hause pflegen, unterlaufen nach Angaben des Berliner Instituts für Menschenrechte Übergriffe. Anschreien, Schläge, Einsperren, die Verweigerung von Essen oder Kommunikation – all das gehört zur Palette der Gewalt gegen meist wehrlose Menschen. Wenig bis gar nichts davon dringt nach außen.

Die 37°-Dokumentation „Darüber spricht man nicht“ strahlt das ZDF am Dienstag, dem 7. August, von 22.15 bis 22.45 Uhr aus.

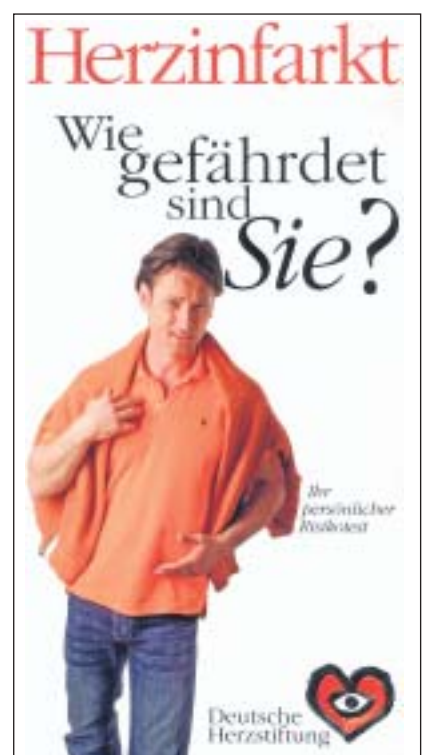
Risikotest der Deutschen Herzstiftung gibt Auskunft

Herzinfarkt: Bin ich gefährdet?

Herzinfarkte lassen sich nicht durch warnende Beschwerden voraussehen. Man kann die Gefährdung durch einen Infarkt allerdings frühzeitig anhand verschiedener Risikofaktoren abschätzen. Ohne großen Zeitaufwand ist dies zum Beispiel mit dem Risikotest der Deutschen Herzstiftung möglich.

„Risikofaktoren wie erhöhte Blutdruck- und Cholesterinwerte sind nicht spürbar. Deshalb empfehlen wir, das persönliche Risiko für einen Herzinfarkt regelmäßig zu überprüfen“, sagt Professor Dr. Helmut Gohlke, Vorstandsmitglied der Deutschen Herzstiftung. Im aktuellen Selbsttest „Herzinfarkt: Wie gefährdet sind Sie?“ wird u. a. nach Ernährungs- und Bewegungsgewohnheiten, Stress, Körpergewicht, Rauchen, sowie nach Blutdruck-, Cholesterin- und Blutzuckerwerten gefragt. Das persönliche Risikoprofil wird anhand der erreichten Punktzahl ermittelt, sodass am Ende jeder erfährt, wo das eigene Risiko einzuordnen ist. Ziel der Auswertung sei es jedoch nicht, so Gohlke, die Zukunft jedes Einzelnen vorherzusagen, sondern das Bewusstsein für das eigene Risiko für

Herz- und Gefäßerkrankungen zu schärfen. Und ein schlechtes Testergebnis bedeute noch lange nicht, dass man dem Herzinfarkt hilflos ausgeliefert sei. „Verstehen Sie ein solches Ergebnis als Aufforderung, etwas für Ihre Gesundheit zu tun.“ Am besten sollte man einen Arzt aufsuchen, um gemeinsam eine Strategie gegen den Infarkt zu entwickeln. Denn bis auf die erbliche Belastung und das zunehmende Alter sind alle Risikofaktoren beeinflussbar. Die Gefährdung kann meist direkt durch eine Umstellung des eigenen Verhaltens oder durch die Einnahme von Medikamenten drastisch verringert werden. Der Risikotest ist in Apotheken erhältlich oder kann direkt bezogen werden: Deutsche Herzstiftung e.V., Vogtstraße 50, 60322 Frankfurt, E-Mail: info@herzstiftung.de.



Ziel des Tests ist es, Ihr Bewusstsein für Ihr eigenes Risiko für Herz- und Gefäßerkrankungen zu schärfen.

Mit dem Segen der Arbeitsagentur

Ferien auch ohne Job – Arbeitslose haben Urlaubsanspruch

Was macht ein Arbeitsloser, wenn er die schönsten Wochen des Jahres nicht auf „Balkonien“ verbringen möchte? Steht ihm – wie den Erwerbstätigen – Urlaub zu? Oder sind ihm die Ferienstrände von Amts wegen verschlossen? Wie so oft: Es kommt darauf an.

Im Regelfall soll ein Arbeitsloser seinen Wohnort nicht verlassen. Es könnte ja sein, dass ein Arbeitsangebot kommt. Dann muss er zur Verfügung stehen, um entsprechend schnell reagieren zu können. Dieser Grundsatz ändert aber nichts daran, dass Arbeitslose bis zu drei Wochen im Jahr Urlaub machen dürfen.

Die Sachbearbeiter bei der Arbeitsagentur geben ihre Zustimmung zur „Ortsabwesenheit“ im Regelfall dann, wenn keine Anzeichen dafür vorliegen, dass in der Zwischenzeit Arbeitsplätze für diesen Arbeitssuchenden angeboten werden. Das heißt aber auch: Wer voraussichtlich bald wieder vermittelt werden kann, der muss zu Hause bleiben. Und diese Chance ist in der ersten Zeit der Arbeitslosigkeit erfahrungsgemäß größer als in den folgenden Monaten.

Deshalb sind die Vermittler in den ersten drei Monaten bei der Gewährung von Urlaub besonders zurückhaltend, was vor allem dann unangenehm sein kann, wenn ein Arbeitnehmer seinen Arbeitsplatz kurz vor einer geplanten Reise verliert. Auf den Arbeitslosen könnten dann sogar noch Stornokosten zukommen, die weder von einer Reiserücktrittskostenversicherung noch von der Arbeitsagentur übernommen werden. Andererseits könnte gerade dieser Tatbestand einen Arbeitsvermittler („Fallmanager“) kulant stimmen – wiederum unterstellt, dass Arbeitsplatzangebote für diesen Arbeitslosen in nächster Zeit nicht zu erwarten sind.

Für Arbeitslose mit Urlaubs genehmigung gilt: Geht die Reise nicht allzu weit, so sollte – schon im eige-

nen Interesse – die Ferienadresse bei der Agentur hinterlegt werden. Findet sich plötzlich ein Stellenangebot, so ist man wenigstens erreichbar. Nach drei Wochen muss der Arbeitslose aber auf jeden Fall wieder zurück sein: Längerer Urlaub ist nicht drin. Wer dennoch zum Beispiel vier Wochen bleibt, der bekommt das Arbeitslosengeld nur für drei Wochen weitergezahlt. Urlaub, der über sechs Wochen hinausgeht,

führt sogar zum Verlust des Geldes für den gesamten Zeitraum. Das gilt ebenso für Ar-

spruch entfällt. Ein Dilemma, das man durch rechtzeitige Vorsprache bei der Agentur vermeiden kann.

Übrigens: Arbeitslose, die 58 Jahre oder älter sind, nicht mehr vermittelt werden und zum frühestmöglichen Zeitpunkt in Altersrente gehen wollen, können bis zu 17 Wochen im Jahr „bezahlten Urlaub“ machen – allerdings ebenfalls nur in Absprache mit der Arbeitsagentur.

Und noch etwas: Hatte ein Arbeitsloser in dem betroffenen Jahr als Arbeitnehmer bereits Erholungsurlaub genommen, so beeinträchtigt das seinen Anspruch auf Ortsabwesenheit gegen die Arbeitsagentur



Fotos: fult / photocase, Begsteiger / vario images; Montage: Redaktion

Wer arbeitslos ist, sollte seine Urlaubspläne rechtzeitig mit der Arbeitsagentur absprechen – dann kann die Ferienzeit auch entsprechend genossen werden.

Bei Umzug oder Wechsel des Geldinstituts

Sollten Sie in eine neue Wohnung ziehen, vergessen Sie bitte nicht, die neue Adresse Ihrem Ortsverband mitzuteilen.

Falls Sie unabhängig davon Ihre Bank oder Sparkasse wechseln, gilt es auch hier etwas zu beachten: Aktualisieren Sie bitte rechtzeitig die beim SoVD hinterlegte Einzugsermächtigung. Nur so können Ihre Mitgliedsbeiträge weiterhin abgebucht werden. Eine veraltete Kontoverbindung oder auch eine aus Versehen falsch eingetragene Kontonummer verursacht einen erheblichen Verwaltungs- und Kostenaufwand. Vielen Dank für Ihre Mithilfe.

**Ingeborg Saffe,
Bundesschatzmeisterin**

beitslose, die nur für zwei oder drei Wochen verreisen wollen, dies aber ohne amtliche Erlaubnis tun und dabei auffallen. Deshalb unbedingt vorher mit der Arbeitsagentur den Urlaubstermin abstimmen! Schließlich hätte man auch als Arbeitnehmer nur mit dem Segen des Brötchengebers fahren können.

Der Hintergrund: Wer auf eigene Faust fährt und dabei ertappt wird, der gilt für die Arbeitsagentur als nicht erreicht – und damit als nicht vermittelbar. Der Leistungsan-

nicht – zumindest wenn die Bedingungen dafür erfüllt sind. In besonderen Härtefällen kann die Arbeitsagentur nach der oben genannten Anordnung zusätzlich zu den drei Wochen Ortsabwesenheit bis zu weitere drei Tage für einen auswärtigen Aufenthalt bewilligen. Ein solcher Fall liegt zum Beispiel vor, wenn ein Arbeitsloser zur Beerdigung eines nahen Angehörigen reisen muss.

Dies alles gilt sowohl für Bezieher von Arbeitslosengeld I als auch von Arbeitslosengeld II. *W.B.*

Makabere Geschäftsidee? Fernsehsender über den Tod

Wolf Tilmann Schneider, einst RTL- und Sat.1-Manager, hat den Fernsehsender EosTV gegründet. Er will den ersten Trauerkanal Deutschlands auf die Beine stellen. Gesellschafter ist der Bundesverband Deutscher Bestatter, in dem mehr als 3000 Bestattungsunternehmen organisiert sind. EosTV, benannt nach der griechischen Göttin der Morgenröte, ist im brandenburgischen Glienecke beheimatet und soll zehn Mitarbeiter beschäftigen. Zwei Jahre lang hat Schneider an dem Konzept gefeilt. Zielgruppe ist die Generation „50 plus plus“. Noch 2007 soll das Programm rund um die Tabuthemen Tod und Trauer sowie Altwerden und Fragen zur praktischen Vorsorge auf Sendung gehen. „Jedes Jahr sterben in Deutschland 830 000 Menschen. Nimmt man deren Angehörige zusammen, dann ist das eine sehr große Zielgruppe“, sagt Schneider. Auf EosTV sollen Dokumentationen über Trauerrituale, Friedhöfe und persönliche Nachrufe, die bei den Bestattern vor Ort in Auftrag gegeben werden, laufen. Finanzieren will sich der Sender über Nachrufe und sogenannte Sponsoren-Beiträge, in denen etwa Hersteller von Treppenliften oder Betreiber von Pflege- und Seniorenheimen ihre Produkte anbieten. Im klassischen Fernsehen gebe es für solche Werbeeinhalte kaum entsprechende Umfeld, sagt Schneider.



Referentin Antje Schröter (li.) half bei der Formulierung, Präsentation und Zusammenstellung der Bewerbungsmappe.

Seminar der integ-Jugend im SoVD Tipps und Tricks rund um die richtige Bewerbung

Die integ-Jugend veranstaltete für ihre Mitglieder Anfang Juli in der Bundesgeschäftsstelle des SoVD in Berlin ein Trainingsseminar zu dem Thema Bewerbung. Die beiden, mit freundlicher Unterstützung von der Gewerkschaft ver.di vermittelten, Referentinnen Antje Schröter und Klara Schmitz-Hübsch wiesen an diesem Tag auf die Fallstricke von Bewerbungsaktivitäten hin.

Die 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars erstellten beispielsweise eigene Bewerbungsanschriften und wurden zusätzlich über den richtigen Aufbau von Bewerbungsmappen informiert. Darüber hinaus wurden verschiedene Situationen in Vorstellungsgesprächen nachgespielt. Hierbei sollten unsere Besucherinnen und Besucher vor allem mit der speziellen Stresssituation konfrontiert werden. Da sie sich allesamt in der Endphase ihrer schulischen Ausbildung befinden, werden sie das Erlernte vermutlich schon bald unter realen Bedingungen anwenden können. Das Seminar bereitete allen Anwesenden Spaß und vermittelte ihnen neue Kenntnisse für den Einstieg in das Berufsleben. Aufgrund der positiven Resonanz wird die integ auch in Zukunft Bewerbungstrainingsseminare für ihre Mitglieder anbieten.

Anzeige

Speziell für Sie: 7% Spar-Vorteil auf alle Bestellungen!



Gratis!
Gleich Katalog anfordern

Nutzen Sie als Mitglied des SoVD den besonderen Einkaufsvorteil: **7% Sofortabzug** auf alle Bestellungen bei Schwab.

Fordern Sie gleich den neuen **Schwab Herbst/Winter-Katalog** an. Überzeugen Sie sich von unserem **vielfältigen Angebot** für die ganze Familie mit topaktuellen Mode-Trends, neuesten Deko- und Einrichtungs-ideen und brandheißen Technik-Artikeln.

Ihren Kataloganforderungs-Coupon finden Sie unten.

Tolles Gewinnspiel!

Schwab verlost unter allen Einsendern des Coupons

3 x 2 Bettwäsche-Sets mit Flauschdecke

Jeder der 3 Gewinne besteht aus je 2 Kissen und Bettbezügen und einer Flauschdecke in passendem, modischen Design. MICROFASER. Hautfreundlich, schadstoffgeprüft.

Mitmachen und gewinnen!

Teilnahmebedingungen: Mitmachen kann jeder, ausgenommen Mitarbeiter des Schwab Versand. Die Teilnahme ist nicht von einer Bestellung abhängig. Eine gleichzeitige Bestellung beeinflusst die Gewinnchance nicht. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Eine Barauszahlung des Gewinns ist nicht möglich. **Einsendeschluss: 15.09.2007**

Gratis Kataloganforderung & Gewinnspiel

Bitte abtrennen und einsenden an: **Schwab Versand GmbH, Kinzigheimer Weg 6, 63450 Hanau**

Ja, ich fordere **gratis** den neuen Schwab Herbst/Winter-Katalog an und nehme am Gewinnspiel teil.

Name, Vorname
 Straße, Nummer
 PLZ, Wohnort
 Kunden-Nr., falls vorhanden
 Datum/Unterschrift
 (Mit meiner Unterschrift bestätige ich mein echtes Interesse)

KA 94 WKZ 0256
09/07

Merkzeichen „B“ neu gefasst

Nachteilsausgleich ist nicht länger von Nachteil

Seit Inkrafttreten einer Gesetzesänderung steht auf neu ausgestellten Schwerbehindertenausweisen neben dem Merkzeichen „B“: „Die Berechtigung zur Mitnahme einer Begleitperson ist nachgewiesen.“ Früher war an dieser Stelle von der „Notwendigkeit ständiger Begleitung“ zu lesen, was Interpretationen zum Nachteil Behinderter zuließ.

Schwerbehindertenausweise mit dem Merkzeichen „B“, die vor dem 12. Dezember 2006 ausgestellt worden sind (und das trifft auf fast alle zu), tragen auf der Vorderseite den Aufdruck: „Die Notwendigkeit ständiger Begleitung ist nachgewiesen.“ Diese Formulierung gab immer wieder Anlass zu dem Missverständnis, dass der Ausweisinhaber nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet ist, stets eine Begleitperson bei sich zu haben. So wurde und wird Behinderten ohne Begleitperson zunehmend die Mitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln und der Zutritt zu Schwimmbädern oder ähnlichen Einrichtungen verweigert. Selbst vor Gericht kam es zu strittigen Urteilen wegen der missverständlichen Formulierung.

Lange schon gab es Forderungen von Verbänden, im Sozialgesetzbuch (SGB) IX und in der Schwerbehindertenausweisverordnung unmissverständlich klarzustellen, dass es sich bei der Mitnahme einer Begleitperson um einen Nachteilsausgleich, also um ein Recht, und nicht um eine Verpflichtung des Schwerbehinderten handelt. Heute ist die Einschränkung Vergangenheit.

Im Gesetz zur Änderung des Betriebsrentengesetzes und anderer Gesetze vom 2. Dezember 2006 (BGBl. I, S. 2742 ff.) sind auch die Paragraphen 145 ff. SGB IX und die Schwerbehindertenausweisverordnung neu geregelt. Dort ist nicht mehr von der „Notwendigkeit ständiger Begleitung“, sondern mit der wünschenswerten Klarheit von der

„Berechtigung zur Mitnahme einer Begleitperson“ die Rede. Dementsprechend wird seit Inkrafttreten der Gesetzesänderung am 12. Dezember 2006 auf den neu ausgestellten Schwerbehindertenausweisen neben dem Merkzeichen „B“ vermerkt: „Die Berechtigung zur Mitnahme einer Begleitperson ist nachgewiesen.“

Die vorher ausgestellten Ausweise behalten ihre Gültigkeit. Jedoch kann der Ausweisinhaber beim zuständigen Versorgungsamt beantragen, den aufgedruckten Vermerk der neuen Rechtslage anzupassen. Dieser Antrag ist durchaus zu empfehlen, will man nicht Gefahr laufen, dass der überholte Vermerk auf dem Ausweis auch weiterhin missverstanden wird.

Klimaschäden durch Billigflieger

Aufschlag bei Flugreisen – Gut fürs Gewissen und für die Umwelt

Nach Barcelona für gerade mal neun Euro? Mit dem Auto schafft man es dafür höchstens in die nächste Ortschaft. Seit Jahren haben Billigfluglinien mit ihren Angeboten Erfolg – Fliegen gehört für viele Menschen längst zum Alltag. Nicht nur im Urlaub. Doch die Schäden für die Umwelt sind enorm. Mit einer Zusatzgebühr kann man den Schadstoffausstoß zumindest ausgleichen und selbst etwas beruhigter Urlaub machen.

Jedes Jahr nutzen weltweit rund zwei Milliarden Menschen das umwelt-schädlichste Verkehrsmittel – das Flugzeug. Nicht nur die Verbrennung der riesigen Mengen an Treib-



Foto: vanji / photocase

„Über den Wolken...“ Doch die von Reinhard Mey besungene Freiheit hat leider beträchtliche Nebenwirkungen für das weltweite Klima.

Frage des Monats – Ihre Meinung

Im Juli hatten wir zur Diskussion gestellt, zum Schutz des Klimas auf die Nutzung von Billigfliegern zu verzichten. Diesem Ansinnen konnte sich gut die Hälfte der Befragungsteilnehmer anschließen (53 Prozent). Die übrigen Stimmen (47 Prozent) wollten dagegen auch weiterhin möglichst günstig reisen.

Die Frage des Monats August finden Sie auf der Seite 10.

weiterhin bis zur Erde durchdringen lässt, jedoch verhindert, dass die erzeugte Wärme ungehindert abzieht. Die Folge ist eine stetige Temperaturerhöhung – der sogenannte Treibhauseffekt. Der Anteil des Flugverkehrs an diesem vom Menschen verursachten Phänomen beträgt Klimaforschern zufolge etwa neun Prozent.

Mit dem Aufkommen von Billigfluglinien, die für geringe Summen entfernte Urlaubsziele ansteuern, hat sich diese Problematik noch verschärft. Auch auf Kurzstrecken wird mittlerweile gerne das Flugzeug benutzt. Zwar verursacht die Bahn bei gleicher Strecke nur etwa ein Fünftel der Schadstoffe. Entscheidend scheint jedoch neben der Zeitersparnis für viele der Preis zu sein.

Für Menschen, denen Klimaschutz wichtig ist, gibt es jetzt die Möglichkeit, einen Ausgleich zu schaffen. Das Konzept: Passagiere zahlen freiwillig für die von ihnen verursachten Klimagase. Das Geld wird in Energiesparprojekte in-

vestiert, um so die Menge an Treibhausgasen einzusparen, die den Emissionen des Flugzeugs entspricht. Der gemeinnützige Anbieter „atmosfair“ präsentiert auf der Seite

www.atmosfair.com einen „Emissionsrechner“, mit dem jeder die Menge an CO₂ ermitteln kann, die durch seine jeweilige Flugstrecke verursacht wird. Gibt man beispielsweise die Verbindung Berlin-Frankfurt ein, so erfährt man, dass diese einem Ausstoß von 160 Kilogramm CO₂ entspricht. Auch ein Vergleichswert wird mitgeliefert. So verursache der Betrieb eines Kühlschranks übers ganze Jahr gerechnet gerade mal 100 Kilogramm CO₂. Neun Euro müsste man bei diesem Beispiel zusätzlich bezahlen, um damit ein Projekt zum Klimaschutz zu fördern.

Doch zusätzlich bezahlen – macht das denn jemand? Offensichtlich. „Atmosfair“ existiert bereits seit 2003 und wurde schon mehrfach ausgezeichnet. Die Kommentare auf unsere Frage des Monats sprechen jedoch eine andere Sprache.

So sieht Michael Schmick aus Gelsenkirchen-Heßler keinen Handlungsbedarf: „Ich fahre nur einmal pro Jahr in den Urlaub. Mit dem Auto verpöste ich die Umwelt mehr, und mit der Bahn komme ich nicht dahin, wo ich Urlaub machen möchte. Darum fliege ich ohne Gewissensbisse – auch mit Billigfliegern.“ Auch Peter Jugert aus Lübeck sieht keinen Anlass, als Verbraucher aktiv zu werden, „weil die Anreize der Fluggesellschaften so unterschiedlich groß sind, dass man dieses Geld einfach mitnehmen muss. Und mein persönlicher Verzicht ändert nichts an den Angeboten.“



Sabine Schwarz mit Peter Harry Carstensen (Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein)

Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen der Länder

Sabine Schwarz zur Vorsitzenden gewählt

Sabine Schwarz, SoVD-Mitglied im Kreisverband Berlin-Schöneberg und Vorsitzende der Berliner Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen (AGSV), wurde einstimmig von den Ländervertretern zur Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen der Länder gewählt. Damit ist erstmals eine Frau in diese Funktion gewählt worden. Der bisherige Vorsitzende Jürgen Schomaker (AGSV Bremen) schied aus Altersgründen aus.

Die Arbeitsgemeinschaft bemüht sich um eine einheitliche Umsetzung des SGB IX und der für schwerbehinderte Menschen in der öffentlichen Verwaltung bestehenden Regelungen. In der Arbeitsgemeinschaft sind die Vorsitzenden der einzelnen Arbeitsgemeinschaften aller Bundesländer vertreten, die sich für 140 000 schwerbehinderte Beschäftigte in den öffentlichen Verwaltungen engagieren.

In diesem Jahr fand die Tagung in der Landeshauptstadt von Schleswig-Holstein, in Kiel, statt. Die AGSV Schleswig-Holstein feierte ihr fünfzigjähriges Bestehen mit einem kleinen Festakt im Landtag, den Sabine Schwarz nutzte, um mit dem Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen und weiteren Kabinettsmitgliedern ins Gespräch zu kommen.

Neues Internetportal zur Gesundheit von Frauen

Ein neues Internetportal für Frauen hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) gestartet. Unter www.frauengesundheitsportal.de finden sich beispielsweise Informationen zu verschiedenen Lebensphasen wie etwa den Wechseljahren, zu Krankheiten wie Brustkrebs oder zu Gewalt gegen Frauen. Trotz höherer Lebenserwartung seien Frauen im Schnitt häufiger von akuten und chronischen Krankheiten betroffen als Männer, teilte die BZgA in Bonn mit. Daher sei die Idee zu dem Portal entstanden, das sich insbesondere an Frauen im Alter zwischen 45 und 60 Jahren richtet. (dpa)

Top-Angebot für SoVD-Mitglieder „Blue Man Group“ am Potsdamer Platz

Der SoVD hat mit der Top Ticket Line GmbH einen Kooperationsvertrag für die Show „Blue Man Group“ im Bluemax Theater am Potsdamer Platz geschlossen. SoVD-Mitglieder erhalten eine Ermäßigung von zehn Prozent bis zum 31. Dezember. Informationen und Bestellungen können unter der Hotline 01805/44 44 mit Angabe der Kundennummer 3 03 86 44, unter dem Stichwort: Aktion Sozialverband Deutschland, vorgenommen werden.

Das Foto zeigt Vizepräsidentin Marianne Saarholz mit dem Vertriebsleiter des Theater des Westens Andreas Voigt.



Foto: Muhrbeck

Apotheker Dr. Robert Schmidt rät

Probieren Sie es mal mit Kamille!

Dass Dampfbäder mit Kamillenblüten die Erkältungssymptome im Nasen-Rachen-Raum lindern und heilen, weiß fast jeder. Aber Zubereitungen aus der Kamille können noch viel mehr.



Die Kamille, mit ihrem charakteristischen Aussehen und Geruch, ist in Europa und Kleinasien heimisch und schon mehr als 2000 Jahre als Arzneipflanze in der therapeutischen Anwendung. Sie hat auch heute, trotz moderner Arzneistoffe, nicht an Bedeutung verloren. Der Arzneithee sollte nur aus Blütenköpfen bestehen, denn nur dort befinden sich die Zellen mit dem ätherischen Öl. Das Kraut als Beimengung besitzt keine medizinische Wirkung und gilt als Verunreinigung.

Die Kamille, als Tee eingenommen, lindert Krämpfe und Blähungen im Magen-Darm-Bereich. Der Kamillentee sollte fünf bis zehn Minuten ziehen und mehrmals täglich zwischen den Mahlzeiten getrunken werden. Dampfbäder mit Kamille helfen bei Entzündungen und Reizzuständen im Nasen-Rachen-Bereich und im Bereich der Bronchien. Die bakterizide und austrocknende Wirkung lindert die Beschwerden und unterstützt die Heilung. Für unterwegs gibt es Nasen- und Rachensprays mit Kamillenextrakt. Sie sind eine

natürliche Alternative zu den chemischen Produkten.

Salben mit Kamillenextrakt werden auf Häute, Schleimhäute und im Mundbereich aufgetragen. Die entzündungshemmende Eigenschaft auf der Haut nach einer Strahlentherapie und bei Neurodermitis wurde in Studien belegt. Druckstellen und Entzündungen im Mund werden so seit Jahrzehnten erfolgreich behandelt.

Tinkturen werden bei der Wundversorgung von leichten Kratz-, Quetsch- und Schürfwunden eingesetzt. Bäder im Intimbereich kennt man seit dem Mittelalter. Augenbäder oder Spülungen mit Kamillenaufgüssen sind aber wegen der Gefahr von Verkeimungen nicht mehr angezeigt und überholt!

Ich wünsche Ihnen schöne warme Sommertage, und bleiben Sie gesund.

Verhältniswort	erwarteter Posten einer Bilanz	Abk.: Box-sport-club	ugs.: Scheune	Fuß-glied	nord-ital. Land-schaft	Teilge-biet der Mathe-matik	Paradies-garten	blen-dend hell	ital. Artikel	Teil d. Schul-ter	alt-peruan. Volk
Ackerland f. Hülsenfrüchte				12			Spie-gelung auf Flächen				1
Autor v. „Max und Moritz“					Inntal in Graubünden	feierliche Männerkleidung		4			Geschwätz, Rederei
Pflug-messer			hasten				Zier-pflanze, Schief-blatt		kleiner Wald		
	7	Witz-figur (Klein ...)				allnord. Sagen-samm-lung	weißer Stirn-fleck b. Tieren				
koordinierte Weltzeit (engl./Abk.)	European Space Agency (Abk.)	Drau-zufluss	Leib-riemen					2	Heiz-gerät		kohlen-säure-haltiges Wasser
span. Tanz				5			Mann-schafts-sportler		mähr. Fluss zur Oder		
hart-näckig, ver-bissen			westindische Zitrone		Haar des Schweins	ugs.: Vorrat				11	Zeichen f. Osmium Kiz-Z. Remscheid
		8	Staat in Nahost						unsere Welt		9
Berliner Wappen-tier	süddt.: schnee-frei	Licht-spiel-haus				leicht säuerlich (Wein)	kleiner Wasser-lauf				6
Mosel-zufluss			Abk.: geboren		Fluss zur Leine						
Zeichen für Plu-tonium		Rinn-stein					Zeichen für Euro-pium		Abk.: Deutsche Gilden-schaft		
Stadt im Hegau				13	Entwick-lungs-richtung						
Abk.: Real-gym-nasium		Scha-dens-besei-tigung						3			

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

H	A	B	I	T	U	S	E	I	N	B	R	U	C	H
B	E	N	Z	P	Y	O	M	A	E	E	A	R	G	
P	I	N	T	E	E	F	M	I	T	T	L	E	E	R
P	T	A	G	G	E	L	A	T	I	N	E	R	A	M
U	L	K	N	U	D	E	L	L	A	B	B	R	A	M
B	R	U	T	J	E	T	D	A	N	E	B	R	E	
K	J	E	T	D	A	N	E	B	R	E				
G	E	H	E	N	U	E	O	C	O	R	E	S	O	
R	R	L	L	K	E	H	R	E	N					
T	A	L	M	I	W	A	R	E	I	D	E	R		
N	E	U	N											
I	N	L	E	T	T	K	O	M	A					
T	A	L	K	E	R	E	M	I	T					

www.kanzlit.de 126 Bagger-schaufel (1-14)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.
Das Lösungswort zum Gewinnen wertvoller Buchpreise bitte einsenden an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle,
Stichwort: Kreuzworträtsel, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: kreuzwortraetsel@sovd.de.
Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Die Gewinner / -innen vom Juli

Kreuzworträtsel

Margarete Döring, 01904 Neukirch; Uwe Rückert, 24944 Flensburg; Ursula Bartel, 99974 Mühlhausen.

Rolandsuche

Anita Vorbeck, 21635 Jork; Bernhard Neumann, 49219 Glandorf; Margarete Ulrich, 59425 Unna;
 Joachim Uphoff, 26409 Wittmund; Veronika Borchard, 37115 Duderstadt.

Die Bären sind los: Die Suche nach Roland geht weiter

Ich habe mich auf drei Fotos dieser Ausgabe versteckt. Teilen Sie uns die Seiten per Postkarte/Fax mit und gewinnen Sie einen von fünf Kuschelbären. **Postanschrift: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: Roland, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Fax 0 30/72 62 22 – 145, E-Mail: rolandsuche@sovd.de**

Sudoku

Gerhard Steinmeier, 32609 Hüllhorst; Uwe und Allmuth Lensch, 24220 Flintbek; Margarete Schurz, 53113 Bonn.

Buchtipps

Edith Krupa, 30855 Langenhagen; Hubert Fuchs, 67480 Edenkoben; Erna Krauß, 90552 Röthenbach;
 Johannes Effertz, 47178 Duisburg; Marita Schimkus, 22305 Hamburg.

Die Namen der Gewinner / -innen werden in der SoVD-Zeitung und im Internet veröffentlicht.

Das SoVD-Sudoku

Variante: LEICHT

		2	6	5				9
4	○			7	1			8
		6		3				7
3			8			1	2	
		8		4		9		
	1	9	○		2			3
	6			2		3		
	8		3	1				5
5				8	9	2	○	

Auflösung des Vormonats

4	7	2	3	6	1	8	9	5
1	9	5	2	8	4	3	7	6
6	3	8	9	7	5	2	1	4
8	4	9	6	1	7	5	2	3
2	6	7	5	9	3	4	8	1
3	5	1	4	2	8	9	6	7
9	8	4	1	3	6	7	5	2
5	2	6	7	4	9	1	3	8
7	1	3	8	5	2	6	4	9

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Variante: MITTEL

4				6	9			5
	8		4	3		○		
	6	9					8	3
	○			5		8		
	1			9			6	
		2		3				
8	3		○			2	7	
			7	5			4	
2			3	8				6

Auflösung des Vormonats

2	9	4	6	8	1	5	3	7
1	3	6	7	5	4	9	8	2
8	7	5	3	2	9	1	6	4
9	5	8	4	7	6	3	2	1
3	4	7	2	1	8	6	9	5
6	2	1	9	3	5	7	4	8
4	8	3	5	9	7	2	1	6
7	1	2	8	6	3	4	5	9
5	6	9	1	4	2	8	7	3

Um eines von drei Büchern zu gewinnen, senden Sie eine Postkarte mit den gesuchten, eingekreisten Zahlen (in der Reihenfolge von oben nach unten) an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: SoVD-Sudoku, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: redaktion@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben! Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.

Pflege der Füße im Urlaub besonders wichtig

Im Urlaub sind regelmäßiges Waschen, Abtrocknen und Eincremen der Füße besonders wichtig. Wer darauf nicht achtet, riskiert vor allem bei empfindlicher Haut und schwachem Immunsystem, sich einen Fuß- oder Nagelpilz zuzuziehen, warnt der Berufsverband der Deutschen Dermatologen (BVDD) in Berlin. Besonders tückisch macht den Nagelpilz, dass er auch auf andere Nägel oder Hautregionen überspringen kann.

Im Hotelzimmer sollten Hausschuhe, am Pool oder in der Umkleidekabine getragen werden. Beim Strandspaziergang oder in den noch nicht ganz eingelaufenen Sportschuhen kommt es leicht zu kleinen Verletzungen an der Fußhaut und an den Nägeln. Dadurch werden die Füße anfälliger für Krankheitskeime. Diese wiederum können sich im Teppichboden des Hotelzimmers oder auch in der Dusche der Pool-Anlage verbergen. Da ein feucht-warmes Klima den Pilzen zugute kommt, sollten die Schuhe und Socken täglich gewechselt werden. (dpa)

Die Frage des Monats August

Strom aus Atomkraftwerken (AKW) sei billig und gut für die Umwelt, sagen die einen – zu gefährlich, meinen die anderen. Wie steht es mit Ihnen: Haben Sie nach dem Brand im AKW Krimmel und der Informationspolitik des Betreibers Vattenfall noch Vertrauen in die Atomenergie?

Besuchen Sie zum Abstimmen unsere Homepage (www.sovd.de). Dort haben Sie auch die Möglichkeit, eine eigene Antwort zu formulieren bzw. Ihre abgegebene Meinung zu ergänzen. Die Redaktion wertet alle eingehenden Antworten aus und bemüht sich, diese – ggf. gekürzt – in ihre Berichterstattung einfließen zu lassen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung im Internet oder in der SoVD-Zeitung besteht jedoch nicht.

Für Anzeigen oder Werbebeilagen ist diese Zeitung lediglich Werbeträger. Eine Empfehlung des SoVD für die vorgestellten Produkte ist damit nicht verbunden (Ausnahme: Eigenanzeigen des SoVD).

Internet: <http://www.sozialverband.de>: Geschichte des Sozialverband Deutschland / Sozialpolitik / Verbands-Dienstleistungen / Pressemeldungen / Wie werde ich Mitglied? E-Mail: contact@sovd.de

Impressum
 Die SoVD-Zeitung des Sozialverband Deutschland (SoVD) erscheint am 1. eines jeden Monats. Herausgeber: Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland e. V. – ehemals Reichsbund, gegründet 1917 – Sitz: Berlin. – Redaktion: Matthias Sommer (verantwortlich), Dr. Simone Real, Joachim Baars; Grafik/Bildbearbeitung: Steffi Rose; Redaktionsassistentin: Roswitha Moldenhauer. Sitz: Stralauer Str. 63, 10179 Berlin (Berlin-Mitte, Rolandufer/Jannowitzbrücke), Tel.: 030/72 62 22-0, Fax: 030/72 62 22-145. Internet-Adresse: www.sovd.de. – E-Mail: redaktion@sovd.de. Die mit vollem Namen oder Verfasserzeichen veröffentlichten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Verlag: Publikom Z Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurter Str. 168, 34121 Kassel. – Anzeigenverwaltung: U. Struckmeyer, Postfach 1266, 27723 Worpswede, Tel.: 0 47 92/ 22 16, Fax: 0 47 92/35 30. Zurzeit gilt der Tarif Nr. 30 vom 1. 1. 2006. – Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel – Der Bezugspreis wird im Rahmen des Verbandsbeitrages erhoben. Verbreitete Auflage, IVW, 2. Quartal 2007: 398 991 Exemplare

Bremen zu Gast in Berlin

Anfang Juli absolvierte die frisch gewählte Bremer Landesvorsitzende, Ilse Junge, ihren Antrittsbesuch in der Bundesgeschäftsstelle des SoVD in Berlin. Begleitet wurde sie vom Landesschatzmeister Joachim Wittrien und dem Landesgeschäftsführer Lars Müller. Anlass für die Reise des Landesvorstandes in die Hauptstadt war ein Treffen mit der Bundesschatzmeisterin Ingeborg Saffe. An dem Gespräch nahm unter anderem auch die Leiterin der Abteilung Finanzen beim Bundesverband, Brigitte Pitzke, teil.

Foto: Arbeitstreffen in der Bundesgeschäftsstelle am Rolandufer (von li.): Brigitte Pitzke, Joachim Wittrien, Ilse Junge und Ingeborg Saffe.



Personalien



Adolf Bauer wurde von den Delegierten als 1. Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen bestätigt.



Marianne Saarholz bleibt für die nächsten 4 Jahre die 1. Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen.



Richard Dörzapf wurde in sein Amt als 1. Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland Pfalz / Saarland wiedergewählt.



Jürgen Weigel erhielt als 1. Vorsitzender des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern erneut das Vertrauen der Delegierten.

Skurriles

Rentnerband stürmt die britischen Charts

Das älteste Bandmitglied ist bereits 100 Jahre alt, das Nesthäkchen ist 69. Die Rede ist von der ältesten Band der Welt: „The Zimmers“. Der Name kommt von der Marke einer britischen Gehhilfe. „The Zimmers“ sind aus England und weisen ein Durchschnittsalter von 78 Jahren auf. „My Generation“, eine Coverversion des „The Who“-Klassikers, schaffte es bis in die Top 30 der britischen Charts,

das Video dazu wurde schon knapp 3,5 Millionen mal auf der Internetseite www.YouTube.de angesehen. Berühmt wurde die Truppe um den 90-jährigen Sänger Alf Carretta durch eine Dokumentation im britischen Sender BBC. Dort kämpften sie für den Erhalt einer Bingohalle und zeigten ihren trostlosen Alltag. Ein Produzent wurde auf die Truppe aufmerksam, sammelte noch ein paar neue Bandmitglieder zusammen und

nahm in den legendären Beatles-Studios die CD auf. Über die Musik hofft die Band, dass die Sorgen alter Leute mehr Beachtung finden. Im Video sind daher Bandmitglieder zu sehen, die Schilder hochhalten. Auf denen steht dann „Ich habe meine Wohnung seit drei Jahren nicht mehr verlassen“ oder „Altersheime langweilen mich.“ Der Erlös geht denn auch folgerichtig an ein Altenhilfswerk.

Gesucht und gefunden in der Zeitung des Sozialverband Deutschland

An- und Verkaufsanzeigen

Keine Reiseanzeigen – Keine gewerblichen Anzeigen
An die Zeitung des SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD), Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, Postfach 12 66, 27723 Worpswede

Die nachstehende Anzeige veröffentlichen Sie bitte unter „An- und Verkaufsanzeigen“ (keine „Reise-Gewerblichen Anzeigen“), pro Zeile 5,95 Euro incl. 19% MwSt. Anzeigenannahmeschluss: Am 3. des Vormonats.

Vor- und Zuname _____

Straße und Nr. _____

PLZ _____ Wohnort _____

Ich ermächtige die ZEITUNG DES SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD)-Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, die Insertionskosten von meinem Konto abbuchen zu lassen. Die Bezahlung Ihrer Anzeige kann nur durch Abbuchung oder Vorkasse (Scheck) erfolgen.

Bank / Postscheckamt _____ in: _____

Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum _____ Unterschrift _____

Der Text meiner Anzeige: _____ Ausgabe _____

Mindestgröße 2 Zeilen = 11,90 Euro incl. 19% MwSt.

3 Zeilen = 17,85 Euro incl. 19% MwSt.

4 Zeilen = 23,80 Euro incl. 19% MwSt.

5 Zeilen = 29,75 Euro incl. 19% MwSt.

je weitere Zeile = 5,95 Euro incl. 19% MwSt.

Kleinanzeigen in Fließsatzausführung, 1spaltig in 3 mm Grundschrift. Bis zu 3 Wörtern am Anfang fett, sonst keine Hervorhebung oder Umrandung. Pro Zeile bis maximal 38 Buchstaben bzw. Zeichen einschließlich der erforderlichen Zwischenräume. Nur allgemein gebräuchliche Abkürzungen möglich. Chiffregebühr 5,35 Euro pro Anzeige incl. MwSt.

Elektromobil, wenig gebraucht, neuer Akku, SUNGIFT PLC, 550,- € VB, Selbstabholung ☎ 0 42 32 / 9 42 34

PC-/Büro-Tätigkeit selbständig von zu Hause aus! ☎ 0 56 24 / 92 53 83
Info unter: www.reis.jobkontor.info

Niedrigenergie Blockbohlenhaus 124/517m² Barrierefrei u. f. Allergiker. Bj. 01, 195tsd €, gehobene Ausstatt. 25358 Horst ☎ 0 41 26 / 39 59 80

Mobilität die Freude macht Große Auswahl - Hausvorführung

Elektroscooter ab 1.551,- €
Breeze 3- und 4-Rad

NEU In einer Minute zerlegt
tiefer Einstieg

NEU: Badewannenlift

NEU Doppelsitzer
Weileder Elektrofahrzeuge
Im Winter mit Heizung, im Sommer ohne Türen

Gebrauchte ab 950,- €

Weileder Tech GmbH - Zentrale - Simpert-Kramer-Str. 26 - 87629 Füssen
bundesweiter Vorort-Service, Info-Zentral: Tel: 08362/9193-26 Fax: -29
support@weileder-tech-gmbh.de www.weileder-tech-gmbh.de

E-Mobil bzw. E-Rollstuhl, guter Zustand je VB 1.000,- € Anlieferung mögl. ☎ 0 51 08 / 92 54 96

Badewannenlifter AquaTec-Elan NP 685,- € für 385,- € Original verp. ☎ 0 176 / 501 53 190

Elektromobile SCHOLZ
Mobilitätsprodukte

Treppenlifte ab 3.250,- €

Badewannenlifte ab 980,- €

Elektromobile verschiedene Modelle ab 1.500,- €

Stadtblick 14
38112 Braunschweig

Gratisprospekte anfordern oder Termin vereinbaren!
kostenlos 0800-327 327 0

Männer über 50

Steigern Sie jetzt Ihre Leistung in der Partnerschaft mit **Eumel-Bull-Kraft NE Dragees** mit Rinderhodenextrakt u. Potenzholz 1 Pckg. € 28,00 inkl. Versandk. zahlbar innerhalb 14 Tagen

Otto Blocherer - Abt. N 14
Friedensstraße 4 · 86391 Stadtbergen

Elektro-Scooter geb. zu verkaufen. Preis 500,- € ☎ 04 51 / 86 43 54
Muss abgeholt werden!

Ihr Bruch

Spranzband - 60
Ohne Feder, ohne Schenkelriemen, mm-genau einstellbar. Seit 90 Jahren im In- und Ausland viel-100.000-fach bewährter Vollschutz bei Leisten-, Hoden-, Nabel- und Bauchwandbrüchen.

Ausschn. u. einsenden - Prosp. 30 gratis
SPRANZ GmbH, Postfach 9153, D-73416 Aalen
www.spranzband.de

Wer tauscht ETW in Bad Pyrmont gegen ETW in Dortmund? ☎ 02 31 / 177 60 91

LIFTE TREPPEN

ABEG TREPPENLIFTE GmbH
Kooperationspartner des SoVD
LV NRW (ehemals Reichsbund)

Beratung · Verkauf · Service bundesweit

Lassen Sie sich kostenfrei + unverbindlich ein Angebot unterbreiten

☎ 0 800 / 399 80 30
0,0 Cent / Minute

www.abeg-treppenlift-gmbh.de

Antworten auf Chiffre-Anzeigen unter Angabe der Chiffre-Nr. an: Anzeigen-Verwaltung U. Struckmeyer Postfach 12 66 27723 Worpswede

Reisetipp

Ferien in der Bodenseeregion. In unserem familiär geführten Hotel-Restaurant bieten wir Ihnen in gepflegter und gemütlicher Atmosphäre für Ihre kommende Gruppenreise ein ideales Quartier für Ausflüge rund um den Bodensee. Alle Zimmer mit Dusche/WC und TV, Lift, Kegelbahn und Sauna im Haus. Schöner Garten, faire Preise, sehr gutes Essen. Menüwahl für Reisegruppen. Viele Einzelzimmer möglich. Sonderarrangements für die Monate April und Oktober. Weitere Infos: **Hotel Fortuna · Familie Messmer · Bahnhofstr. 8 78333 Stockach** · ☎ 0 77 71 / 91 84 80 · Internet: www.hotel-fortuna-stockach.de

Bodensee, Radeln, wandern, schwimmen, erholen! Ruhige Fewo im Parterre, 2 Pers., NR, Näheres unter: ☎ 0 75 45 / 90 91 02 oder www.ofieger.de

Berlin Köpenick, 1 DZ, 1 EZ zu vermieten. ☎ 030 / 65 47 49 06